

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Woriaplas 15195-97
Expedition Woriaplas 11753-54

Freitag, den 17. März 1922

Vorwärts-Verlag S.m.d.F., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Woriaplas 11753-54

Bezugspreis:
Mietkassens. 20. — M. monatl. 20. — M.
reit ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 20. — M., einjährl. 200.
Bezugsgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, Ost- u. West-
preußen, sowie Westpolen, Ostpreußen u.
Litauen 20. — M., für das übrige
Ausland 72. — M. Postbelegungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Irland, Island, Frankreich,
Holland, Dänemark, Luxemburg, Ost-
preußen, Schweden, Schweiz, Ungarn,
Estland, Lettland, Litauen.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Sinnwelt“ und der
Beilage „Bildung und Kleinigkeiten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmahl.
Telegrams-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:
Die einpolige Anzeigenzeile
kostet 12. — M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 2. — M. (zu-
fällig zwei festgedruckte Worte jedes
mal 2. — M. Einmalige Anzeigen
und Einmalige Anzeigen des ersten
Wort 2. — M., jedes weitere Wort
1.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Anzeigenzeit 6. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Haus des Verlags, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gehört
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Kollektivnote der Entente.

Berlin, 16. März. (W.Z.) Dem Reichsminister des Auswärtigen ist am 15. März von dem französischen Botschafter Laurent folgende Kollektivnote überreicht worden:

Die Botschafterkonferenz hat feststellen müssen, daß die deutschen Behörden in den letzten Monaten gegenüber der Internationalen Militärkontrollkommission eine obstruktive Haltung angenommen haben, und zwar namentlich in folgenden Punkten:

1. Mittelung der Urkunden, die gestatten würden, den Wert der Entlohnung einzuschätzen, die hinsichtlich des Gerichts durchgeführt ist.
2. Kontrolle der Heeresergänzung gemäß dem Wehrgesetz.
3. Regelmäßig starke Zusammendrängung gewisser Heeresdienstzweige.
4. Mittelung der von den verschiedenen Ländern zur Um-
bildung der Polizei getroffenen Maßnahmen.

Außer diesen Fragen, die aus den wichtigsten als Beispiel herausgegriffen sind, gibt es noch eine gewisse Zahl anderer, deren Regelung gleichfalls keine weiteren Verzögerungen erfordern darf. Im Auftrag ihrer bezüglichen Regierungen haben die Botschafter von Frankreich, England, Japan, Italien und der belgische Gesandte die Ehre, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung in dringender Form auf diese Lage zu lenken und sie aufzufordern, Praktiken ein Ende zu machen, die, selbst wenn sie von untergeordneten Behörden begangen sind, doch unter die Verantwortung der Regierung fallen, da der Friedensvertrag es ihr zur Pflicht macht, die Entscheidungen der Kontrollkommissionen auszuführen.

Das Interesse Deutschlands in finanzieller Hinsicht erschließt es zudem, die alliierten Körperschaften instand zu setzen, sich so schnell als möglich ihrer Aufgabe zu entziehen. Entschlossen, die gänzliche Durchführung der vom Versailler Vertrag vorgeschriebenen Entwaffnung zu sichern, zählen die alliierten Mächte darauf, daß die deutsche Regierung alle Maßnahmen ergreift, die nötig sind, um die Hemmnisse unverzüglich verschwinden zu lassen, welche bisher der Tätigkeit der Kontrollkommissionen in den Weg gelegt worden sind.

Die neuen Forderungen der Kontrollkommission.

Die Internationalisierte Militärkommission hat unter dem 27. Februar d. J. in einer Note an die Reichsregierung den Erlaß von Anordnungen der einzelnen deutschen Länder bis zum 15. März verlangt, durch welche die Ordnungspolizei den Forderungen der Kommission entsprechend umorganisiert werden sollte. Diese Forderungen, die vorher in mündlichen Verhandlungen mit Vertretern der Kommission definiert worden waren, sind in der Hauptsache die folgenden:

1. Beschränkung der staatlichen Polizei auf den im Jahre 1913 vorhandenen gewesenen Stand.
2. Befestigung der Nachrichten- und Kraftfahrformationen, der Luftfahrtüberwachungsabteilungen und aller anderen sogenannten „festen Verbände“ (Hundertchaften); Ueberführung der dadurch frei werdenden Mannschaften in den Einzeldienst; entsprechende Ausschattung der jetzt für einen Teil der Polizei eingeführten Kasernierung.

Nachdem diese Forderungen bekannt geworden waren, hat die Reichsregierung sich sofort mit den Regierungen der Länder in's Benehmen gesetzt und hat sodann auf Grund dieser Verhandlungen am 15. März eine umfassende Antwortnote an die Kontrollkommission gerichtet.

Die bisherigen Forderungen.

In dieser Note sind zunächst die Verpflichtungen zusammengestellt, die Deutschland hinsichtlich der Ordnungspolizei durch die Note von Boulogne vom 22. Juni 1920, durch die Pariser Beschlüsse vom 30. Januar 1921 in Verbindung mit dem Londoner Ultimatum und durch die zu beiden Entscheidungen erlassenen Ausführungsbestimmungen der Kontrollkommission auferlegt worden sind. Die bedeutendsten unter diesen Verpflichtungen sind die Auflösung der im Jahre 1919 in den deutschen Ländern geschaffenen „Sicherheitspolizei“, die Wahrung des Charakters einer „Landes- und Ortspolizei“ für die gemäß der Note von Boulogne auf 150 000 Köpfe verstärkte Ordnungspolizei, das Verbot einer „zentralen Organisation“ dieser Polizei über das 1913 bestehende Maß hinaus, die Verminderung jedes „militärischen Charakters“, die Unterlassung aller „Mobilisierungsmassnahmen“, das Verbot des Personalaustausches zwischen Reichswehr und Polizei, die Beschränkung der Bewaffnung der letzteren auf die von der Kommission festgesetzten Höchstzuweisungen (ein Karabiner auf drei Mann usw.), das Verbot der Verwendung von Flugzeugen und anderes mehr.

Die Durchführung der Verpflichtungen.

Im zweiten Teil der Note ist eingehend dargelegt, daß und in welcher Weise diesen Verpflichtungen in allen deutschen Ländern Rechnung getragen worden ist. Es ist namentlich nachgewiesen, daß die Sicherheitspolizei in ihrem zentralisierten, militärischen Aufbau vollständig beseitigt, daß bei der Organisation der Ordnungspolizei der örtliche Charakter des im Jahre 1913 bestehenden Systems überall gewahrt und in der Zusammenfassung (Zentralisation) keinerlei Änderungen eingetreten sind.

Falsche Voraussetzungen.

Im letzten Teil wird auf die Beanstandungen eingegangen, die die Kontrollkommission trotz dieser Erfüllung aller Verpflichtungen gegen die Organisation der Polizei erhebt. Es ist ausgeführt, daß die Kommission die Rechts- und Sachlage verkennet, wenn sie in einer weiteren Ausdehnung der schon 1913 überall im Verwaltungsrecht der deutschen Länder begründeten Verstaatlichung von Polizeiverwaltungen eine unzulässige „Zentralisation“ erblickt, da nach dem deutschen System — im Gegensatz zum französischen — auch die staatliche Polizei überall den Charakter einer „lokalen“ Polizei wahr. Wenn in der Note von Boulogne wörtlich gesagt ist, daß die Ordnungspolizei „den Charakter einer regionalen und kommunalen Körperschaft wahrnehmen müsse“, so ist damit treffend der Behördenaufbau der deutschen Polizei gemäß dem im Jahre 1913 geltenden Rechte mit ihrer Scheidung in eine Orts- und Landespolizei gekennzeichnet. Der weitere Ausbau dieses Systems in der Richtung einer Vermehrung der staatlichen Polizeiverwaltungen ist durch die Note nicht unterlagert; sie entspricht der Entwicklung der Verhältnisse, die die Handhabung der Polizei immer mehr zu einer ausgeprägten Staatsaufgabe gemacht haben.

Ungerechtfertigte Wünsche.

Was die „festen Verbände“ und die „Kasernierung“ anbelangt, so ist in der Antwortnote dargelegt, daß die Zusammenfassung eines Teiles der Exekutivbeamten zu Verbänden durch die gegenwärtige schwierige Lage Deutschlands unbedingt geboten ist. Wenn Staaten mit starkem militärischen Schutz und relativ ruhigen innerpolitischen Verhältnissen, wie z. B. England, Frankreich, Kanada, Amerika und Italien, große stark gegliederte Polizeitruppen nicht entbehren können, so kann Deutschland mit seiner auf ein Mindestmaß beschränkten Reichswehr auf einen stärkeren örtlichen Polizeischutz erst recht nicht verzichten. Diese Notwendigkeit hat die Note von Boulogne anerkannt und daher eine Vermehrung der Polizeikräfte zugestanden. Diese Vermehrung hat aber nur dann einen Sinn, wenn sie auch in einer Form erfolgt, die sie allen polizeilichen Aufgaben gerecht werden läßt. Diesem Grundgedanken entspricht es, daß die Note von Boulogne und die zu ihrer Ausführung gegebene Anweisung der deutschen Polizei eine Bewaffnung zugestehet, deren erfolgreiche Verwendung geschlossene Verbände in gewisser Zahl zur Voraussetzung hat. Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine in Einzeldienst aufgelöste Polizei im Falle größerer Unruhen nicht eine Stütze, sondern eine Gefahr für den Staat bildet. Eine derartige Polizei wird einzeln durch die Massen erledigt; ihr Waffen in der von den alliierten Regierungen zugestandenen Höhe und Art in die Hand zu geben, wäre unmöglich, da diese Waffen in kürzester Frist sich im Besitz der Aufrührer befinden würden.

Dazu kommt, daß Reichswehr und Schutzpolizei — selbst bei der jetzigen Organisation der letzteren — zusammen in keiner Weise genügen, um die Ordnung zu gewährleisten, wenn an mehreren größeren Orten in verschiedenen Teilen des Reiches zugleich Unruhen ausbrechen. Einen militärischen Charakter gibt der Polizei auch diese Einrichtung nicht; sie ist eine ausschließlich der Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Sicherheit dienende rein polizeiliche Angelegenheit.

Gegenvorschläge.

Zum Schluß betont die Note erneut den festen Willen der Reichsregierung, an der bisher von ihr gehandhabten lokalen Erfüllungspolitik festzuhalten. Sie macht eine Reihe von Vorschlägen, deren Annahme nach ihrer Ansicht zu einer Verständigung führen könnte:

Diese Vorschläge gehen im wesentlichen dahin, von einer weiteren Verstaatlichung nur in einem beschränkten Umfang und nach vorheriger Verständigung mit der Kommission Gebrauch zu machen, die Zahl der festen Verbände innerhalb des Deutschen Reiches erheblich zu vermindern, die Kasernierung entsprechend einzuschränken, sämtliche Nachrichten- und Kraftfahrformationen sowie die Luftfahrtüberwachungsabteilungen aufzulösen, das aus Heeresbeständen stammende oder militärischen Typen gleichende Nachrichtengerät abzugeben, die zentral geleiteten Depots der einzelnen Länder abzuwickeln, die jetzige Uniform der Schutzpolizei nach Verbrauch der vorhandenen Bestände in einer Weise abzuändern, daß sie zur „feldmäßigen“ Verwendung ungeeignet ist.

In letzterer Frage erschien ein Entgegenkommen unbedingt geboten, da bei den Verhandlungen mit der Kommission immer wieder zutage getreten ist, daß aller Gegenvorstellungen ungeachtet gerade die derzeit in Gebrauch befindliche Uniform der Polizei Anlaß zu Mißtrauen und Beanstandungen gegeben hat; sie wird von der Kommission als Ausrüstung einer Truppe betrachtet.

Es wird schließlich betont, daß diese Neuorganisation nur im Wege allmählicher Umbildung zur Durchführung gelangen könnte unter Verstaatlichung der an die Polizei zurzeit zu stellenden Aufgaben, der Sicherung der Rechtsstellung der einzelnen Beamten und der finanziellen Belastung des Haushalts des Reiches, der Länder und der Gemeinden.

Richter gegen Staat.

Eine interessante Entscheidung des Reichsgerichts.

Das Reichsgericht in Leipzig hat am 14. März eine interessante Entscheidung gefällt. Preussische Richter und der preussische Staat standen einander als Parteien gegenüber. Die Richter hatten vor allen preussischen Gerichten Recht bekommen, vor dem Reichsgericht aber siegte der Staat. Der Sachverhalt ist folgender:

In Artikel 104 der Weimarer Reichsverfassung ist bestimmt, daß für Richter durch Gesetz eine Altersgrenze festgelegt werden kann, bei deren Erreichung sie in den Ruhestand treten. In Anwendung dieser Vorschrift hat die preussische Landesversammlung durch das Gesetz vom 15. Dezember 1920 bestimmt, daß Richter mit Vollendung des 68. Lebensjahres (andere Beamte im allgemeinen mit Vollendung des 65. Lebensjahres) aus dem Dienst auscheiden. Obwohl, wie bemerkt, in Artikel 104 der Reichsverfassung die Befugnis der Gesetzgebung zu einem solchen Gesetze für Richter ausdrücklich ausgesprochen worden war, wurde doch von vielen Richtern die Rechtsgültigkeit des preussischen Gesetzes angegriffen, und zwar vor allem deswegen, weil nach Artikel 129 der Reichsverfassung die wählerwerbenden Rechte der Beamten unberührt bleiben. Verschiedene Richter, die mit dem 68. Lebensjahr hatten in den Ruhestand treten müssen, verklagten darauf den preussischen Staat auf Zahlung des vollen Gehalts.

Man hätte denken sollen, daß angesichts des klaren Wortlauts und Sinnes des Artikels 104 der Reichsverfassung die Abweisung der Klage selbstverständlich gewesen sein müßte. Aber weit gefehlt! Sowohl das Landgericht in Berlin wie der 11. Zivilsenat des Kammergerichts (dieser in dem Urteil vom 27. September 1921) haben mit einer ungemein spitzfindigen Gelehrsamkeit dargelegt, daß das preussische Beamtenaltersgesetz für die angeklagten Richter, jedenfalls hinsichtlich ihrer Gehaltsansprüche, nicht gelte, und haben den Staat zur Zahlung verurteilt. Der Staat legte Revision ein und so kam die Sache an das Reichsgericht. Der Termin zur Entscheidung der Sache stand am 14. März dieses Jahres an.

Inzwischen befaßte sich aber auch noch der 1. Strafsenat des Kammergerichts mit dem preussischen Beamtenaltersgesetz. In einer Entscheidung vom 17. Januar 1922 hat der Strafsenat zwar der Entscheidung des Zivilsenats des Kammergerichts zugestimmt, ihm aber eine ernste Rüge in der Richtung erteilt, daß der Zivilsenat nur den Gehaltsanspruch als wählerwerbendes Recht der Beamten annimmt, während er dem Staat nicht an sich das Recht bekreitet, den Beamten in den Ruhestand zu versetzen. Der Auffassung, den Gehaltsanspruch als wählerwerbendes Recht „gewissermaßen in den Vordergrund zu stellen“, widerspricht der 1. Strafsenat des Kammergerichts. Die Begründung dieses Widerspruchs ist so charakteristisch, daß sie hier wörtlich ausgeführt werden soll. Sie lautet:

Es widerspricht eine solche Auffassung auch durchaus den Grundansetzungen des alten preussischen Beamtenrechts aus der Zeit, aus der diejenigen Beamten stammen, für die das Gesetz vom 15. Dezember 1920 jetzt und mindestens während der nächsten beiden Jahrzehnte von Bedeutung ist und sein wird. Der alte preussische Beamte betrachtete das ihm vom König verliehene Recht auf lebenslängliche Anstellung als sein wählerwerbendes Recht, und die Ehre, ein preussischer Beamter zu sein, sowie der sich an das Beamtenverhältnis knüpfende Anspruch auf Titel und Rang war für ihn bei dem Erwerb mindestens von derselben Bedeutung, wie die sich aus der Amtsstelle ergebenden ökonomischen Leistungen.

Der Strafsenat des Kammergerichts nimmt also an, daß das dreifache Beamtenaltersgesetz nicht nur in der Frage des Gehalts, sondern auch in der Frage der Zuruücksetzung der Richter rechtswirksam sei.

Es wurde Sorge dafür getragen, daß diese schöne Entscheidung des Strafsenats des Kammergerichts dem Zivilsenat des Reichsgerichts, der am 14. März über den Gehaltsanspruch der Richter zu entscheiden hatte, noch rechtzeitig zugänglich wurde. Aber ach! Es hat alles nichts geholfen. Das Reichsgericht hat am 14. März seine Entscheidung so gefällt, wie es bei einer verständigen Auslegung des klaren Artikels 104 der Weimarer Reichsverfassung nicht gut anders möglich war, hat das preussische Beamtenaltersgesetz für null und nichtig erklärt und die Klage der Richter gegen den Staat abgewiesen. Man unterläßt die Bedeutung dieses Urteils nicht. Verständigerweise konnte es freilich nicht anders ausfallen, als es ausgefallen ist. Aber die Entscheidungen des höchsten preussischen Gerichts, des Kammergerichts, haben gezeigt, wie unsicher das Ergebnis in Wirklichkeit war. Dabei ist namentlich der mitgeteilte Sachverhalt der Begründung des Strafsenats des Kammergerichts höchst lehrreich dafür, was sich im Unterbewußtsein der „alten preussischen Beamten“ abspielt und ihren Spruch unbewußt entscheidend beeinflusst: Das „vom König verliehene Recht auf lebenslängliche Anstellung als wählerwerbendes Recht“, was neue Reichsverfassung, was Republik, des Königs Na-

fest hat mir das Recht auf lebenslängliche Anstellung zuerteilt, und dieses königliche Recht will mir ein Gesetz dieser elenden Republik nehmen? Wohl erwelle ich der Republik die Ehre, ihr als Richter anzugehören und mich von ihr besolden zu lassen. Aber was mein König mir verliehen hat, lasse ich mir nicht nehmen, das ist mein „wohlerworthenes Recht“.

Bekanntlich steht in der neuen preussischen Verfassung, daß die Urteile im Namen des Volkes erlassen werden. Wie wäre es, wenn der Straffenrat des Kammergerichts entschiede, diese Vorrichtung verstoße gegen Artikel 129 der neuen Reichsverfassung? Denn die alten vom König ernannten Richter hatten mit ihrer Anstellung das Recht erworben, auf Lebenszeit „im Namen des Königs“ Recht zu sprechen. Die Bestimmung der neuen preussischen Verfassung verstößt also gegen das Reichsrecht. In Zukunft wird es sich empfehlen, daß die noch vom König ernannten Richter über die Urteile wieder herüberschreiben „Im Namen des Königs“ und sich in den Urteilsköpfen kraft wohl erworbenen Rechtes wieder als königlich-preussische Landgerichtsräte, Kammergerichtsräte usw. bezeichnen.

Wie sagte doch neulich bei der Beratung des Justizhaushalts der Reichsjustizminister Radbruch? „Respekt vor dem Reichsgericht!“ Wahrhaftig, es ist ein Glück, daß es neben den republikanisch-königlich-preussischen Kammergerichtsräten auch noch Reichsgerichtsräte gibt, die keine königlich-preussisch-wohlerworbenen Rechte zu verteidigen haben!

Beginnender Rückzug Boelich?

Dieselben Kreise, die uns seit der Einführung des parlamentarischen Systems versichern, daß Minister nicht von ihrer Partei abhängig sein dürften, sondern ohne Parteipflichten die sachlichen Interessen ihres Ressorts wahrzunehmen hätten — was übrigens in weitestem Maße gerade da geschieht, wo republikanische Minister fungieren — setzen jetzt alle Hebel in Bewegung, um den preussischen Kultusminister Boelich in der Richterfelder Kadettenangelegenheit durch seine Partei zum Umfall zu bringen. In seiner spätabendlichen Sensationsfabrik droht Herr Wulle, daß die Verstimmlung weiter Kreise der Deutschen Volkspartei sich binnen kurzem in einen offiziellen Schritt bei der Parteileitung äußern werde. In ähnlicher Weise appelliert die übrige deutsch-nationale Presse an die Volkspartei, gegen Herrn Boelich Stellung zu nehmen und ihn zum Widerruf der ergangenen Maßregeln zu veranlassen.

Einstweilen aber tut die Deutsche Volkspartei den Fremden auf der rechten Seite keinen Gefallen. Ihr offizielles Berliner Blatt „Die Zeit“ wendet sich am Donnerstagabend in einem Leitartikel ziemlich scharf gegen die „demagogische Behandlung des Richterfelder Falles“ durch die deutsch-nationale Presse. Der Vorwurf, daß Boelich absichtlich verzeilt sei, wird energisch zurückgewiesen, und es wird angekündigt, daß Boelich bei der parlamentarischen Behandlung des Falles seinen Mann stehen werde. „Die Zeit“ bestätigt dann weiter unsere Darstellung, daß das Gesamtministerium die Anstalt ursprünglich gänzlich schließe und nur auf den Einspruch des Kultusministers davon abgegangen ist. Dann freilich können Ausführungen, die etwas nach einem beginnenden Rückzug aussehen. „Die Zeit“ schreibt: „Eine disziplinarische Behandlung der unbeschränkt recht wüthenden Ausführungen aber war selbstverständlich unbedingt notwendig. Es sind jedoch dabei keineswegs, wie weiter behauptet wird, Massenbefragungen ins Auge gefaßt worden, sondern es sollten lediglich die hauptsächlich schuldigen die Folgen ihres Tuns auch zu spüren bekommen. Es hatte sich dabei etwa um sieben Entlassungen gehandelt. Es erklärten sich aber dann eine sehr große Anzahl von Schülern mit den hauptsächlich schuldigen solidarisch und verlangten dieselbe Bestrafung.“

Diese Bestrafung einer allerdings etwas falsch verstandenen Solidarität war an sich ein Zug, den man den Schülern zugute halten konnte. Es sind daher auch aus dieser Aktion zunächst

keinerlei Folgen gezogen worden, sondern es wurde nach Verlauf einer Bedenkzeit den Primanern die Frage nochmals vorgelegt, ob sie bei ihrer ersten Willensbetonung stehen bleiben wollten. Erst als die Frage bejaht wurde, müßte die disziplinarische Bestrafung auf die ganze Prima ausgedehnt werden. Es versteht sich aber von selbst, daß es jetzt nicht darauf ankommen kann, mit einem „blutdürstigen Vorgehen“, wie es gewisse Blätter ganz zu Unrecht ihren Lesern vorhaben, gegen die 50 Schüler von Richterfelde durchzugreifen. Es hat von Anfang an immer nur die Absicht bestanden, diejenigen Schüler zu bestrafen, die sich zu ganz unentschuldigbaren Ausschreitungen und Disziplinverletzungen haben hinreichend lassen. Dieses Ziel besteht auch heute noch, und daher wird wohl denjenigen Schülern, die sich ohne sachlichen Grund mißthätig erklärt haben, noch wie vor Gelegenheit geboten sein, sich wieder in die Anstalt zurückzufinden. Daß man den hauptsächlich schuldigen die Strafe nicht erlassen kann, ist nach den schweren Ausschreitungen, die vorgekommen sind, ebenso selbstverständlich.

Danach scheint ja Boelich also prinzipiell bereit zu sein, von den 50 Entlassungen etwa 43 rückgängig machen. Wir glauben, daß man den renitenten Schülern weit genug entgegengekommen ist, indem man ihnen eine Bedenkzeit stellte. Beachtlich ist übrigens, daß „Die Zeit“ sich sehr energisch gegen die Anstaltsleitung wendet, die nach ihrer Ansicht „vollkommen versagt“ und sich als „völlig morsch“ erweisen hat. Sie verlangt einen ganz neuen Aufbau der Leitung, der sich ohne gründliche Personalveränderungen nicht durchführen lasse, eine Reform der Anstalt an Haupt und Gliedern. Das zeigt jedoch, daß das Gesamtministerium mit seiner Forderung der Schließung der gesamten Anstalt durchaus Recht hatte. Entschiedener Einspruch aber muß dagegen erhoben werden, wenn „Die Zeit“ bei der gewünschten Personalveränderung in erster Linie die Entfernung der Personen verlangt, die sich dem monarchistischen Treiben auf der Anstalt widersetzt haben. Sie sollen anscheinend dem Toben der Reaktion als „Sühneopfer“ dargebracht werden. Das lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. An einer Reform in dem Sinne, daß man die monarchistischen Frondeure unter sich löst und auf diese Weise Konflikte vermeidet, hat das Volk nicht das geringste Interesse. Eine Bildungsanstalt, die der Verheerung der Jugend gegen die Republik dient, darf nicht auf Kosten der republikanischen Steuerzahler unterhalten werden. Wenn dies die „Reform“ sein soll, dann lieber Schluß mit der ganzen Anstalt!

Die Finanzreform im Reichstag.

Der Reichstag ist gestern in die erste Beratung des sogenannten „Mantelgesetzes“ eingetreten, das bestimmt, daß neben den zu beschließenden Steuern auch eine Zwangsanleihe im Wert von einer Milliarde Goldmark erhoben werden soll. Es sprachen nur drei Redner, der Finanzminister Dr. Hermes, Genosse Ed. Bernstein und Herr Helfferich.

Der Finanzminister sagte, was ein Finanzminister in solchen Fällen zu sagen pflegt. Finanzminister können bei der Verteidigung von Steuerkompromissen nun einmal nicht sehr überzeugend wirken. Das Eintreten unseres alten Genossen Bernstein für das Steuerwerk hatte zweifellos eine ganz andere moralische Bedeutung. Die Fraktion hatte Bernstein als einen hervorragenden Volkswirtschaftler und tätigen Mitarbeiter an der Kommissionsarbeit vorgeschickt, sie hätte aber auch aus anderen Gesichtspunkten keine bessere Wahl treffen können. Man kennt den Genossen Bernstein seit Jahrzehnten als einen Mann, der stets den Weg seiner eigenen Ueberzeugung gegangen ist, und es ist sicher nicht unwesentlich, daß ein so umstrittenes Werk wie die Finanzreform gerade an ihm — aus höheren politischen Gesichtspunkten — einen überzeugten Verteidiger findet.

Genosse Bernstein wird es uns aber nicht übernehmen, wenn wir aussprechen, daß die Taktik unserer Partei in Steuerfragen gestern einen noch besseren Verteidiger gefunden hat als ihn. Das war — Herr Helfferich. Der deutsch-nationale Redner schilderte dramatisch, wie sich die bürgerlichen

Parteien der Sozialdemokratie unterwerfen, wie sie Schritt für Schritt vor ihr zurückwichen, bis sie schließlich als vollstündiger Sieger dastand. Sie legte der Herabsetzung der Zuckersteuer auf die Hälfte, eine wesentliche Ermäßigung der Umsatzsteuer durch und drummte dafür den belächelten Klassen 40 Milliarden neue Steuern auf. Das Herz konnte einem im Leibe saßen, wenn man Herrn Helfferich schildern hörte, was für Kerts wir Sozialdemokraten sind.

Es war viel, offen gesagt, ein bißchen zu viel. Herr Helfferich ist ein Schelm, der überreißt. Und heute werden die linken Gegner des Kompromisses zu Wort kommen, die erzählten werden, wie sich die rechtssozialistischen Jammerrappen von der Deutschen Volkspartei an die Wand drücken ließen, und dann werden sich die Volksparteiler freuen, wie sich gestern die Sozialdemokraten bei der Helfferich-Rede freuen konnten. Dann braucht man nur die beiden Texte nebeneinander zu legen, um die Wahrheit herauszufinden, die dazwischen liegt.

Eisernes Kreuz und „Poffenspiel“.

Die letzten schon in unserer gestrigen Abendausgabe, daß die reaktionäre Presse die einwandfreie deutsche und vernünftige Kritik unseres Genossen Braun über die immer weiter gehenden Verleihungen des Eisernen Kreuzes zwar unwillig, daß sie aber verstanden habe, daß sie zu sorgen, daß auch ihre Parlamentsberichte gefälscht wurden. Heute bringen wir zur Bestätigung des von uns schon wiedergegebenen nicht umgelagerten Parlamentsberichtes der „Kreuz-Zeitung“ die Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten nach dem amtlichen Bericht wörtlich. Genosse Braun sagte:

„Ich habe nur das eine Beispiel der Verleihung des Eisernen Kreuzes 1. Klasse an Leute, die in der ganzen Zeit im Hauptquartier im Warmen geblieben haben, erwähnt. Wenn ich materiell Stellung nehmen soll, so betrachte ich diese massenweise Verleihung von Eisernen Kreuzen auf Grund von Nachrichten und Behauptungen, die heute auf ihre Richtigkeit gar nicht nachgeprüft werden können, als das bitterste Unrecht gegenüber denjenigen, die es für hervorragende Kriegstaten berechnigterweise bekommen haben, und auch gegenüber all denen, die schon der grüne Rasen deckt oder die auf dem Grunde des Meeres ruhen.“

Heute das Eisene Kreuz Reuten anhängen, die die Berechtigung dazu aus der Antontrollierbarkeit ihrer Phantasie und der Sicherheit ihres Postens weit hinter der Kampfront ableiten, das ist nicht nur ein Poffenspiel, das ist ein Skandal.

Siering über Entstaatlichungsbestrebungen.

In der gestrigen Sitzung des Landtags ergriff Handelsminister Siering das Wort, um Klarheit in der Duisburg-Ruhrorter Hafenangelegenheit zu schaffen. Allen Entstaatlichungsbestrebungen werde er mit Nachdruck entgegenzutreten. Im Winter 1920/21 sei bei Behandlung der Frage des Ueberganges der Verkehrsmitel auf das Reich bei einer Besprechung in Berlin erörtert worden, ob es im Hinblick auf die finanzielle Notlage des Staates nicht richtiger sei, die Verwaltung der Häfen beweglicher zu gestalten und sie unabhängig vom Staat zu machen. Verschiedene Projekte wurden ausgearbeitet, darunter auch das der niederheinischen Handelskammer, das den Uebergang der Verwaltung des Duisburg-Ruhrorter Hafens an eine G. m. b. H. in Form einer Aktiengesellschaft vorsah. Ministerialdirektor Krohne habe im Auftrage der Regierung an den Besprechungen teilgenommen und sich bereit erklärt, einen derartigen Entwurf unbeachtet der späteren Stellung der Staatsregierung auszuarbeiten. Nach einer sehr eingehenden Debatte habe Krohne angeregt, alles beim alten zu lassen und sich mit der Einsetzung eines Hafen-Direktoriums zu begnügen. Der Hafenbeirat habe sich dagegen für die Form der Aktiengesellschaft unter Hinzuziehung von Stadt und Staat ausgesprochen. Im Verlaufe weiterer Besprechungen sei gegen den Ministerialdirektor gänzlich unbegründet der Vorwurf der Korruption erhoben worden. Das Handelsministerium werde sofort einen Vorschlag ausarbeiten und dem Handelsbeirat vorlegen. Die letzte Entscheidung habe der Landtag selbst zu fällen.

Der Friedensvertrag in der Schule.

Von Erich Witte.

Die Deutsch-nationale Volkspartei hat im Preussischen Landtag den Antrag gestellt, einen Volkskatechismus über den Frieden von Versailles in den Schulen einzuführen. Viele Sozialisten meinen, die Durchnahme des Friedensvertrages sei nicht mit Artikel 148 der Reichsverfassung vereinbar, wonach der Unterricht „im Geiste der Völkervereinigung“ zu erteilen sei. Ich sehe allerdings nicht, wie ein Lehrer in verschiedenen Fächern den vorgeschriebenen Lehrplan durchzuführen könnte. Kann er z. B. in Erdkunde die Grenzen Deutschlands behandeln? Oder die früher Teil Österreich-Ungarns und Rußlands bildenden jetzt selbständigen Staaten? Kann der Lehrer in Geschichte die drei polnischen Teilungen durchnehmen, ohne zu erwähnen, wann Polen wieder selbständig geworden ist? Teilt der Lehrer mit, daß uns nach dem Vertrag sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr von Waffen und Kriegsgüter verboten ist, so kann dies die Veranlassung zu einem wertvollen geschichtlichen Rückblick sein. Wie haben sich manche nicht entrüstet, als nordamerikanische Fabriken schon zu der Zeit, als die Vereinigten Staaten noch neutral waren, an Frankreich und England Munition lieferten, was nach dem bisherigen Völkerrecht ebenfalls erlaubt war wie die Versorgung von England mit Material durch deutsche Fabriken während des Burenkrieges.

Wie der Geschichtslehrer den Schülern darlegen muß, was das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist, so muß er sie auch über das in Artikel 2 unserer Reichsverfassung verankerte Selbstbestimmungsrecht der Völker und die verschiedenen Formen desselben aufklären. Ist es da nicht ganz natürlich, daß der Lehrer die Volksabstimmungen in Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Oberschlesien, die den Schülern vielfach zum Erlebnis geworden sind, zur Erläuterung heranzieht? Verschleiert es sich nicht vor selbst, daß er darlegt, daß der Verlust Danzigs, der polnischen Gebiete und Elsaß-Lothringens ohne Volksabstimmung ebenso ungerecht ist, wie es die in den Jahren 1866 und 1871 vorgenommenen Annexionen waren?

Vor allen Dingen ist aber die Behandlung des Versailler Vertrages deswegen wichtig, weil darin die Grundzüge dargelegt sind, auf denen der Völkerverbund aufgebaut ist, der Bund, dessen Errichtung von dem größten Teile des deutschen Volkes immer für eine Utopie gehalten worden ist, der aber das notwendige Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung ist. Wie die meisten deutschen Büßern jahrzehntlang gegen die Einheit Deutschlands waren und die, die dafür eintraten, wie Dahn, Reuter, ins Gefängnis warfen, haben viele Monarchen Europas, besonders aber der letzte deutsche Kaiser, alle Bestrebungen bekämpft, die die Vorstufe zu einem solchen Weltbund sein konnten. Bei der Besprechung des Völkervertrages muß den Schülern selbstverständlich dargelegt werden, daß

er keineswegs unseren Forderungen entspricht. Denn es darf kein Staat, also auch Deutschland nicht, von ihm ausgeschlossen werden. Außerdem kann der in Versailles gegründete Bund erst dann als ein Völkerverbund bezeichnet werden, wenn Delegierte der einzelnen Parlamente zu einem Weltparlament zusammengetreten. Zeigt sich bei den Beschlüssen, daß verwandte Parteien verschiedener Völker sich miteinander enger verbunden fühlen als mit den gegenwärtigen Parteien desselben Landes, so trägt dies mehr dazu bei, die Völker einander näherzubringen, als wenn sich früher die Monarchen besaßen und sich öffentlich umarmten und küßten.

Schließlich sind in dem Vertrag von Versailles (Artikel 429) auch verschiedene Forderungen der Arbeiter, für die sie jahrzehntlang gekämpft haben, als berechtigt anerkannt worden, so die Koalitionsfreiheit, der Achtstundentag, die Gewährung des gleichen Lohns ohne Unterschied des Geschlechts für gleichwertige Arbeit. Mögen sie auch in vielen Ländern noch nicht erfüllt sein, die Tatsache, daß sie in diesen internationalen Vertrag aufgenommen worden sind, stärkt die Arbeiter in ihrem Kampfe, schwächt die Macht der Arbeitgeber und der widerstrebenden Regierungen.

Ohne den Hinweis auf den Friedensvertrag kann man also in den meisten Fächern nicht unterrichten. Den Schülern kann zuar die Tatsache nicht vorenthalten werden, daß der Vertrag eine auf die Politik unserer früheren Feinde eingestellte Organisation, eine gewaltige Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk ist.

Überdies legt die Behandlung des Vertrages von Versailles in diesem Sinne Lehrer voraus, die sich von allen chauvinistischen und militaristischen Anschauungen befreit haben. Daber sollte die Regierung zwei Darstellungen des Vertrages im pädagogischen Sinne veröffentlichen lassen, eine vollständige, leicht verständliche, für die Schülerbibliotheken bestimmte, und eine andere, welche für die Vorbereitung der Lehrer auf den Unterricht bestimmt ist.

Radvorführungen im alten Berlin. Radvorführungen hat es in Berlin sogar im Vormärz gegeben. Der damalige Direktor der Königl. Akademie der Künste, Meister Gotfried Schadow, hat einen Bericht über die Vorstellung lebender Bilder, welche im Saale der Akademie am 5. Mai 1843 stattfand, mit lithographischen Zeichnungen nach den dort gestellten Altgruppen veröffentlicht. Sein Text zu dem Bildwerke berichtet: „Den 16. Februar präsentierten sich der Ableit Durin W. als Vorsteher einer Gesellschaft, welche Tableau vivants (lebende Bilder) darstellte. Den 28. Februar war die erste Vorstellung in einem Saale der königl. Akademie zusammen. Gegenwärtig waren die Mitglieder der Akademie, die Schüler des Ateliers und einige Dilettanten und Amateure anwesend. Die bedeckten Lampen von oben gaben eine glanzvolle Beleuchtung; aber fast alle Stellungen gaben fast nur die Intention, den weiblichen Gestalten die Anmut und die mütterlichen waren gepreßt und extravagant. Indessen war der Gedanke entstanden, wie mit den vorhandenen Mitteln die richtige Wirkung zu erhalten wäre, wenn ein Künstler jede Stellung insbesondere ordnete. Der Bildhauer Prof. Tiedt hat auch hier durch seine Teilnahme mitge-

wirkt, wonach bald die lebenden Figuren selbst ein ihm bisher unbekanntes Verständnis schienen erhalten zu haben in dem, was Stellung, Wendung des Kopfes und der Hände betrifft. Ein günstiger Umstand war der Anblick zweier wohlgebildeten Schwestern, wodurch ein Wettstreit unter dem weiblichen Personal ebenfalls wurde, den Beifall der Kenner zu erringen.“

Eine ausgedehnte Vorstellung, an der außer Künstlern auch Kunstfreunde teilnahmen, kam am 19. April im großen Saale bei Jagor vor einer zahlreichen Versammlung zustande. „Es stellten sich an einzelnen Figuren und Gruppen 33 solche Imitationen. Am Fortepiano gab einer der reiferen Gelehrten der Musik zu jeder Szene die passenden Töne. Viele, unbekannt mit der Gestaltung des menschlichen Körpers, versanken in eine Art von Starren. Andere waren verwundert über die ruhige Beweglichkeit, mit der lebende Personen so dastanden; die Künstler jedoch in höchster Anspannung, um keinen Moment von Anblick zu verlieren. Dagegen fanden sich unter der großen Zahl doch einige gemeine Naturen, die ihre Sprache von Weh vorbrachten. Die höheren Beamten der Polizei waren zugegen, und diese Behörde fand es angemessen, diese Vorstellung auf das Lokal der Akademie zu beschränken. Eine solche kam tatsächlich am 5. Mai zustande. In 2½ Stunden wurden 36 Bilder gestellt. Was sonst nicht gewöhnlich, war die Einrichtung, daß die Bilder auf einer Tafel standen, welche sich mit der Gestalt drehte, daß die Profil- und Rückansichten sich darbieten.“

Gestellt wurden Amiken, wie der Borghesische Fiedler, die hockende Venus, der Laokoon, wobei aber statt der Söhne Leichter gebeten wurden. Aber auch modernere Bildwerke wurden als lebende Bilder gestellt, so Schadows Prinzeßinnengruppe aus dem Berliner Schloß, Werke von Canova und Thorwaldsen, wie die drei Grazien. Es schien dem Altmeister der Berliner Bildhauerkunst eine solche Veranstaltung für künstlerische Zwecke sehr nützlich, ja er nennt sie ein Ereignis, welches in den Annalen der Kunst ausgezeichnet zu werden verdient.

Das Kopfwepulver. Wie viele Menschen gibt es, die dauernd ihr Kopfwepulver zu Hause haben! Sie haben nicht erst den Arzt wegen ihrer Beschwerden um Rat gefragt, sondern sich gleich in der Apotheke das Pulver geholt. Und das Pulver hilft; unangenehm ist nur, daß der Kopfwepulver immer wiederkehrt und daß man von dem Pulver immer mehr nehmen muß, um eine Wirkung zu erzielen! So hartnäckig diese Sache aussieht, so schwer können für manchen Menschen die Folgen dieser unüberlegten Pulverschulderei werden. Denn Kopfwepulver und Kopfwepulver sind oft unendlich weit verschiedene Krankheiten oder Begleiterscheinungen von solchen. Über der Poie gibt sich darüber keine Rechenschaft, fragt nicht, ob der Kopfwepulver von Ueberarbeitung oder Stirnhöhlenentzündung, von Bleichsucht oder Stuhlverstopfung, von Hirnhautentzündung, Gehirnhistitis oder Nierenentzündung, von Augenentzündung oder Augenkatarrh, von einer Entzündung der Kopfmuskeln, der Zahnmuskeln oder der weiblichen Uterusorgane herrührt. Gewiß, der Kopfwepulver, die Alarmglocke, das Feuerfahnen wird zum Schweigen gebracht durch das Pulver, der Brand selber aber bleibt unbedacht und es verstreicht viel kostbare Zeit, bis das Signal von neuem und stärker ertönt, um vielleicht auch dann wieder betäubt zu werden, zum Schaden des auf sein sicher wirkendes Kopfwepulver so stolzen — Kurpfuschers am eigenen Körper!

Die Sitzung der drei Exekutiven.

Wir teilten bereits mit, daß das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale den von Wien für die Zusammenkunft der drei Exekutivkomitees vorgeschlagenen Termin (25. März) aus technischen Gründen nicht hatte annehmen können. Aus London ist inzwischen der Vorschlag der Zweiten Internationale eingetroffen, die Sitzung am 2. April in Berlin stattfinden zu lassen.

Dieser gemeinsamen Tagung wird eine interne Besprechung des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale vorangehen.

Es kann als sicher angenommen werden, daß die Frage der Verfolgung der russischen Sozialrevolutionäre bei einer Konferenz mit Vertretern der Moskauer Internationale aufgeworfen werden wird. Dies wird um so notwendiger sein, als ja die deutschen Kommunisten schon im voraus etwaige Minderheiten des außerordentlichen Tribunals zu rechtfertigen versuchen, die neuesten Opfer des bolschewistischen Terrors verkündeten und die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer aller Länder maßlos beschimpfen, die für die Umpeicherung der verfolgten russischen Arbeiterführer eintreten.

Das im „Populaire“ vom Mittwoch abgedruckte Telegramm Kadeks an Frig Adler, worin die Bereitwilligkeit des Moskauer Exekutivkomitees zu einer gemeinsamen Aussprache mitgeteilt wird, besagt, daß kommunistischerseits voraussichtlich nur drei Personen an der Konferenz teilnehmen würden, und zwar Kadek, Frossard und Klara Zetkin. Wenn auch diese geringe Zahl durchaus der wirklichen Bedeutung des kommunistischen Bruchteils der internationalen Arbeiterschaft entsprechen würde, so muß in dieser Besprechung eine demonstrative Mißachtung der beiden sozialdemokratischen Exekutivkomitees erblüht werden. Zu ihren eigenen Besprechungen legen die Moskauer stets einen weit größeren Delegiertenapparat in Bewegung. Ob sich die beiden anderen Exekutiven diese Behandlung gefallen lassen werden und ob die drei Genannten nicht besser täten, unter diesen Umständen zu Hause zu bleiben, ist eine Frage, die man in Moskau gut late, sich rechtzeitig zu überlegen.

Jugend und Republik.

Aus Anlaß des 18. März veröffentlichten der Reichsausschuß der Jungsozialisten der SPD, der Reichsbund der Deutschen Demokratischen Jugendvereine und der Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands folgenden Aufruf:

An die deutsche Jugend! Am Jahrestag der März-erhebung 1848 rufen wir an die republikanisch gesinnte Jugend Deutschlands die Aufforderung, unermüdet den republikanischen Gedanken in alle Kreise der deutschen Jugend zu tragen und der jungen demokratischen Republik in ihren Reihen einen festen Rückhalt zu schaffen.

Der Idealismus der Jugend muß den Geist der freien demokratischen und sozialen Republik, die durch die Weimarer Verfassung ihre äußere Form erhalten hat, in allen Herzen lebendig werden lassen. Nur die Republik ermöglicht die Gesundung unseres Vaterlandes, nur sie bietet die Grundlage für die notwendige wirtschaftliche und kulturelle Fortentwicklung unseres Volkes.

Das Treuebündnis, das wir in diesen dunklen Tagen für die Republik ablegen, widerlegt die Behauptung, daß die neue Staatsform in den Reihen der Jugend keine Freunde gefunden habe. Wir werden mit Hingabe und Aufopferung für die Republik eintreten und ihren Ausbau fördern.

Das vor zwei Jahren am 18. März zusammengebrochene verbündete Apparat nehmen an hat gezeigt, daß schwere Gefahren die Republik bedrohen. Im Kampf gegen diese Gefahren steht die republikanisch gesinnte Jugend Deutschlands fest zusammen.

Freie Lernmittel für Unbemittelte. Der Reichstagsausschuß für Bildungswesen hat die Reichsregierung ersucht, den Ländern Beihilfen zu den dort bewilligten Mitteln zu gewähren, damit für unbemittelte und linderreiche Familien Lernmittel frei oder doch verbilligt beschafft werden können.

Das amerikanische Rauhen. Die Großstation Rocky Point auf Long Island ist die Gegenstation von Rauhen und soll nach amerikanischer Auffassung der Brennpunkt eines die ganze Welt umfassenden Antarktisverkehrs werden. Nach ihrer Fertigstellung wird die Antennenanlage, wie die „Amfchau“ mitteilt, ein gewaltiges Rad mit zwölf Speichen bilden, deren jede sechs Türme von 125 Meter Höhe besitzt. Der erste vor kurzem in Dienst gestellte Sektor ist für den Dauerverkehr mit Rauhen bestimmt. Zur Errichtung der ersten 12 Türme waren 1800 Tonnen Stahl erforderlich, 8200 Tonnen Betonarbeiten für die Fundamente. Für die ersten beiden Antennensysteme werden 80 Kilometer Bronzedraht verwendet und rund 700 Kilometer Kupferdraht als Erdung in den Boden gepflanzt. Rocky Point besitzt keine eigene Kraftanlage, sondern erhält den Betriebsstrom aus einem benachbarten Kraftwerk mittels einer 23 000-Voltleitung.

Radium im Müllhaufen. Wie ein Stück Radium im Werte von 5000 Dollar aus dem Müllhaufen gerettet wurde, das erzählte Sie Ernest Rutherford bei einem Vortrag, den er vor kurzem hielt. Es war in einem der großen amerikanischen Krankenhäuser, und man hatte gerade einen Kranken mit Radium behandelt, als sich das kostbare Stückchen plötzlich nicht mehr vorfand. Zunächst glaubte man, der Patient habe es verschluckt; aber dieser Leugnung entzogen, 5000 Dollar so mit nichts da nichts verzeht zu haben. Man suchte und suchte, ohne Erfolg. Schließlich sah ein Findiger im Müllhaufen nach, und da fand sich das Radium umverkehrt. Eine wackere Reinmachersfrau hatte es mit „anderem Urnat“ aus dem Zimmer ausgehohlet.

Das Wohnungsamt soll zahlen. Im „Königsberger Anzeiger“ (Sachsen-Altenburg) erzählt der Fleischhauer Max Winter folgende Erklärung: „Infolge Vernachlässigung meiner Erbschaft durch das Wohnungsamt beziehungsweise den Stadtrat zu Königsberg habe ich mich gezwungen, meine bisher glücklich gewesene Ehe mit meiner Frau für aufzugeben zu erklären und mache das Wohnungsamt bezug den Stadtrat für den Unterhalt meiner Familie haftbar.“

Recht ist Man mache die Burkauftraten endlich für ihre Missetaten haftbar. Aber, alljährlich gewesener Herr Winter, wieviel Ehe und analoge Verhältnisse hat das Wohnungsamt auch schon gestiftet, indem es die Menschen einander so nahe brachte. Es wirkt aufbauend und zerstörend.

Der Porträtmaler Reinhold Lepsius ist im 86. Lebensjahre in Charlottenburg gestorben. Die Nationalgalerie besitzt von ihm eine seiner besten Bildnisse; den seinen Kopf des humanistischsten Gelehrten und Geschichtsforschers der alten Geschichte Carlus.

Musk. Die Humboldt-Hochschule veranstaltet am Sonntag, 19. März, nachmittags 10 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Museum (Vorderstraße 1) eine öffentliche Vorlesung über die Bedeutung der Musik für die Kulturgeschichte der Menschheit. Die Vorlesung wird von dem Professor Dr. Carl Schulerer gehalten. Die Eintrittskarten sind im Museum für 3 Pfennige zu haben. (Schulische Abteilung) hat. Aufschließen 11 Uhr und vor Beginn der Vorlesung am Eingang der Kasse eintritt.

Ein Ehrengrab für Maria Sartmann. Der Wiener Stadtrat hat beschlossen, dem am 14. März 1872 in Wien verstorbenen Dichter und Freiheitskämpfer Barth Sartmann ein Ehrengrab zu widmen.

Verteuerung der Eisenbahn.

Verteuerung der Frachten und Stadtbahnfahrten. Fernverkehr behält die alten Preise.

Berlin, 16. März. (WZB.) Der Reichsverkehrsminister hat heute den Regierungen der Länder und den Mitgliedern des vorläufigen Reichseisenbahnrats mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die starken Erhöhungen der Ausgaben der Reichsbahn am 1. April eine Tarifserhöhung nötig sei.

Die täglichen Mehrkosten, die der Reichsbahn durch die starke Steigerung der Kohlenpreise und damit aller Materialpreise erwachsen, sind für das Rechnungsjahr 1922 auf mindestens 14,5 Milliarden zu beziffern. Die zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter vereinbarten Gehalts- und Lohnerhöhungen werden eine weitere Belastung der persönlichen Kosten der Reichsbahn um 3,5 Milliarden bringen, so daß eine

Gesamterbelastung der Reichsbahn für den kommenden Haushalt von 23 Milliarden

eintritt. Damit steigen die Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1922 von 73,8 Milliarden auf rund 97 Milliarden Mark oder um rund 31 Prozent. Bei der Ausgliederung dieses Fehlbetrages sollen die Personen- und Gepäcktarife gespart werden. Deshalb ist es erforderlich, die Güter- und Tierarttarife entsprechend stärker heranzuziehen. Die seit dem 1. März geltenden Güter- und Tierarttarife sollen vom 1. April ab

um rund 40 Prozent erhöht werden.

Da wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit die Form des allgemeinen Zuschlags gewählt werden muß, wird die neue Frachtrechnung in der Weise vorgenommen, daß die Gütertarife vom 1. Februar entsprechend erhöht werden. Die Erhöhung der Frachten für Eigent hat auch eine entsprechende Steigerung der Expressfrachten zur Folge; jedoch wird von einer Erhöhung der Rückfrachten für Expressgut abgesehen. Die organische Einarbeitung der Zuschläge in das Tarifsystem der Reichsbahn ist zum 1. Juli angeordnet.

Erhöhung der Personentarife ist nicht in Aussicht

genommen. Jedoch ist es mit Rücksicht auf die Finanzlage der Reichsbahn nicht möglich, an den für Berlin und Hamburg geltenden besonders niedrigen Stadt- und Vororttarifen festzuhalten. Es ist daher eine

Erhöhung der Zeitkarten für den Stadt- und Vorortverkehr geplant, deren Tarife weit hinter den Zeitkartenpreisen für den sonstigen Reichsbahnverkehr zurückbleiben.

Reichsmietengesetz und Reichsrat.

Der Reichsrat entschied gestern mit 38 gegen 27 Stimmen, daß das Reichsmietengesetz keine Verfassungsänderung bedeute. Mit 41 gegen 24 Stimmen wurde beschlossen, keinen Einspruch gegen die Beschlüsse des Reichstages zu erheben. Das Gesetz kann also demnächst publiziert werden.

Dem Gesetzentwurf über die Ausprägung von Ersatzmünzen unter Annahme des Ausschuhentwurfes wurde zugestimmt, monoch nicht nur für die eingezogenen Silbermünzen im Nennbetrage von 1, 2 und 5 M. Ersatzmünzen hergestellt werden sollen, sondern auch solche für das Dreimarckstück.

Auch mit dem Gesetzentwurf über die Autonomie der Reichsbank erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Die Stellung der Reichsbank soll aus außerpolitischen Gründen selbständiger gestaltet werden. Die bisherigen Befugnisse des Reichsanstalters sollen auf das Reichsbankdirektorium übergehen, während das Aufsichtsrat des Reiches bestehen bleibt. Das Direktorium soll künftig auch selbständig über Beamtenfragen der Reichsbank entscheiden und der Etat der Reichsbank soll künftig in Form eines besonderen Gesetzes festgestellt werden. In der Praxis wird wie der Berichterstatter hervorhob, durch das Gesetz wenig geändert, da alles, was das Gesetz bestimmt, bisher schon so gehandhabt wurde. Das Gutachten des Direktoriums war maßgebend.

Reichsinnenminister Köster erklärte seine Äußerung im Hauptausschuß des Reichstages, er habe den Eindruck, daß in manchen Ländern der Wunsch bestehe, die Weimarer Verfassung etwas rückwärts zu revidieren, dahin auf, daß er damit kein Werturteil abgeben, sondern lediglich Tatsachen feststellen wollte. In diesem Sinne müsse er die Worte aufrechterhalten.

Staatsrat v. Wolf legte dar, daß der bayerische Senat und der bayerische Minister des Innern dem Reichsminister Dr. Köster gegenüber lebhaft von einer Revision, nicht aber von einem Rückwärtsrevidieren der Weimarer Verfassung gesprochen hätten. Die Herren hätten lediglich den Standpunkt vertreten, daß die bayerische Regierung der Ansicht sei, die Weimarer Verfassung rechtfertige eine Revision und daß sie sich nicht scheuen würde, in diesem Sinne zu wirken.

Reaktionäre Gewerkschaftspolitik.

Die Wirtschaftsfriedlichen und ihre Freunde.

Auf einer Versammlung der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer hielt der volksparteiliche Abgeordnete Weiser einen Vortrag über Wesen und Ziel der nationalen Arbeitnehmerverbände, wo er unter Beifall der anwesenden Vertreter der Agrarier die wirtschaftsfriedlichen Tendenzen dieser famosen „Arbeiter-Organisation“ schilderte. Die im Jahre 1918 gegründeten nationalen Verbände wollten bekanntlich unter allen Umständen den wirtschaftlichen Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herstellen, um als natürliche Organisation die „berufshändliche“ Vereinigung besonders aller in der Landwirtschaft Beschäftigten zu erreichen. Zu diesem Zweck müßten den freien Gewerkschaften ihre Mitglieder abspenstig gemacht und diese davon überzeugt werden, daß die Gewerkschaften fürchtbare Schädlinge seien. Mit welchen Mitteln da gearbeitet wird, konnte man daraus ersehen, daß Herr Weiser berichtete, wie in den Parteischulen den heranzubildenden Agitatoren eingefeicht wird, die Gewerkschaften hätten Deutschland der Versklavung durch das Ausland preisgegeben! Dazu mußte die Lüge von dem Dolchstoß der Heimat und jede der längst widerlegten Verleumdungen der sozialistischen Parteien herhalten. Weiser deutete auch mit einer beläufigen Bemerkung die Möglichkeit einer nationalen Diktatur an, für die die Arbeiterschaft vorbereitet werden müsse, ohne jedoch des Näheren darauf einzugehen. Als kluger Politiker beschränkte er sich darauf, zu fordern, daß eine nationale Mehrheit, als deren unerlässliche Stützen lediglich die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei in Frage kämen, im Reichstage gebildet werde.

Herr Weiser gehört der Deutschen Volkspartei an und kennzeichnet mit seinen Ausführungen zur Gewerkschaftspolitik den Geist, mit dem diese Demokratie auffaßt. Sehr treffend, als er sich darüber entäuerte, daß die Gewerkschaftsführer sogar glaubten, Ministerposten besetzen zu können!

Daß aber nicht allein von den wenigstens offenkundig reaktionär auftretenden nationalen Berufsverbänden gegen die freien Ge-

werkschaften in der Landwirtschaft gemüßelt wird, das festzustellen blieb dem kappistischen Freiberger v. Wangenheim vorbehalten, der in der Diskussion das Wort ergriff. Er forderte die Berufsverbände auf, ihren Kampf gegen die drücklichen Gewerkschaften einzustellen. Sehr eindringlich führte er vor Augen, daß innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein grundsätzlicher Wandel der Anschauungen eingetreten sei. Bei den Beratungen des Pommerschen Landbundes mit Vertretern der Christen hat es sich ergeben, daß diese last auf dem gleichen Boden stehen wie die Landbündler. Sie seien, wie Herr v. Wangenheim wörtlich betonte, in höchstem Maße national und im höchsten Maße monarchistisch, so daß man daraufhin den Beschluß gefaßt habe, mit ihnen in eine lose Verbindung zu treten. Daß auch Herr v. Wangenheim gegen die freien Gewerkschaften insges, mit denen die Vertreter des Landbundes zusammen in der Reichsarbeitsgemeinschaft für Land- und Forstwirtschaft sitzen, vertritt sich am Rande.

Die Auseinandersetzungen, die in der amtlichen Berufsvertretung der preussischen Landwirte geführt wurden, zeigen deutlich, wohin der Kurs geht, und daß die Landwirtschaft mit allen Mitteln bestrebt ist, die Front der Arbeiterschaft zu durchbrechen. Daß es der Landwirtschaft dabei nicht auf Geld ankommt, von dem sie jetzt genug verdient, geht daraus hervor, daß Herr v. Wangenheim sich rühmen konnte, sein Verband hätte den wirtschaftsfriedlichen Berufsverbänden höhere Tarife ausgeben als die Gewerkschaften erreicht hätten. Die landwirtschaftlichen Arbeiter werden gut tun, diesen Bestrebungen, mit denen sie seit jeher zu ringen haben, jetzt ihr verhärtetes Augenmerk zuzuwenden und dem Veruche der Arbeitgeber, eine Einheitsfront zwischen ihnen, den Wirtschaftsfriedlichen und den Christen herzustellen, im Verein mit der sozialistischen Arbeiterschaft geschlossen entgegenzutreten.

Die gleichmessende Justiz.

Die Ehre des Volksparteilers und des Sozialdemokraten.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ berichtet triumphierend, daß ein Verleumder des volksparteilichen Abg. Prof. Kahl zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Ueber die Begründung dieser hohen Strafe teilt sie mit:

Das Gericht ging über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus und begründete sein Urteil damit, daß der (Sechsmat Dr. Kahl ein reiches öffentliches Leben hinter sich habe, aber beleidigt worden sei, nur weil er zur Deutschen Volkspartei gehöre; die Ehre solcher Beleidigten müsse ein deutsches Gericht mehr schätzen als ein anderes Gut.

Wenn diese Ausführungen befolgt werden, daß die im öffentlichen Leben stehenden Staatsmänner, Politiker aller Art einen verstärkten Schutz gegen grundlose Beleidigungen genießen müssen, so könnte man ihnen beipflichten. Doch scheinen die preussischen Richter auf dem Standpunkt zu stehen, daß unter „solchen Beleidigten“, deren Ehre besonders geschützt werden müsse, nur Männer, die der Deutschen Volkspartei bzw. den Rechtsparteien angehören, zu verstehen sind. Denn gleichzeitig lesen wir in der „S. K.“:

Vor einem schlesischen Schöffengericht wurde dieser Tage über eine Beleidigungsklage entschieden, die der preussische Innenminister Genosse Severing gegen ein deutschnationales Blatt angestrengt hatte. Die erhobenen Vorwürfe erwiesen sich als eitel Erfindung; wie gewöhnlich konnte nicht einmal der Versuch eines Wahrheitsbeweises gemacht werden. Das Urteil lautete auf 250 M. Geldstrafe. Die Geringfügigkeit der Strafe begründete das Gericht damit, daß ja heute auch die Qualität der Minister nicht mehr so sei wie früher. Heute könne jeder Handwerker Minister werden.

Der volksparteiliche Politiker wird vom Gericht mit besonderem Schutze umgeben, weil er im öffentlichen Leben steht, der sozialdemokratische Minister für einen Mann von geringfügiger Ehre erklärt, weil er Arbeiter gewesen ist. Kann die „Objektivität“ und „Unparteilichkeit“ einer angeblich streng sachlichen Rechtsprechung sich selbst ein besseres Zeugnis ausstellen?!

Der Hefsparrer.

Man schreibt uns:

Der Pfarrer Christofeit aus Rogahn, dessen Verurteilung zu zwei Monaten Gefängnis wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und Vergehens gegen die öffentliche Ordnung (§ 130a StGB.) schon gemeldet worden ist, gehört zu den streitbaren Priestern, die von der Religion der Liebe, von der es heißt, „sie eifert nicht, sie blähet sich nicht, sie stellt sich nicht ungeberdig“, wenig zu halten scheinen. Seit er die Stelle übernommen hatte, bildeten sich zwei Parteien am Ort, und der Superintendent bestätigte, daß der Pfarrer am meisten schuld an den Zermürbungen trüge.

Als nun gar der Zusammenbruch des alten Staats eintrat, war das Wasser auf seine Mühle. Er unterließ nie die Fürbitte für den „Landesherrn“ und schimpfte in der Predigt unaufhörlich gegen die Männer der neuen Regierung. Insbesondere Genosse Ebert, dieser Sattlergeselle, war die Zielscheibe seiner Wut. Schließlich wurde es den Angehörigen seines Dorfes zu arg. Interessant ist, daß die Gemeindeglieder, die Vergernis an seinem Treiben genommen hatten, sich sämtlich persönlich zur Deutschnationalen Partei bekannten.

Christofeit ist übrigens schon vor einem Jahre vom Amte suspendiert und vor einigen Monaten zur Amtsenthebung verurteilt worden wegen Vorgängen, die mit den Angriffen gegen die Reichsregierung nichts zu tun haben. Er ist aus der Landesstrafe ausgewreten und jetzt Prediger einer altkirchlichen Gemeinde in Schlesien.

In der Verhandlung vor dem Landgericht Insterburg bestritt er, die Personen der Regierungsmitglieder gemeint zu haben, wenn er von Verbrechern, Lumpen, Bettelätern, Weineidigen sprach. Aber die Zeugen widerlegten ihn und es kam noch manches Ergötzliche dazu heraus. So hatte er, als die sozialdemokratischen Minister Ostpreußen bereisten, um alle Parteien für das Festhalten am Deutschtum zu gewinnen, in der Predigt gesagt, sie müßten am nächsten Laternenpfahl aufgehängt werden.

Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die bisherige Unbestraftheit des Angeklagten drei Monate Festung, der Vertreter des Reichspräsidenten, Rechtsanwalt Wolfgang Heine aus Berlin, forderte aber wegen der Gemeingefährlichkeit des Treibens eine Gefängnisstrafe, auf die das Gericht dann auch erkannte.

Der Kampf gegen das uneheliche Kind. In Nr. 78 unseres Blattes wurde eine Aufschrift veröffentlicht, nach der eine bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung als Helferin beschäftigte Krügerin in der Barmbeckerstraße für weibliche Beamte des halb geträhen worden war, weil sie zwei Jahre vor ihrer Verheiratung nichterkannt war. Wie uns amtlich mitteilt wird, ist es zu treffen, daß die Helferin in der Barmbeckerstraße geträhen war; die Streichung ist aber am Reichspostministerium, sobald es davon erfahren und den Sachverhalt geprüft hatte, rückgängig gemacht worden. Im übrigen ist vom Reichspostministerium angeordnet worden, daß in ähnlich liegenden Fällen stets zunächst die Entscheidung des Reichspostministeriums eingeholt ist.

Gewerkschaftsbewegung

Apotheker-Preise und Apotheker-Löhne.

Im Anschluß an die Notiz „Der gemeine Proletariat freit“ in Nr. 123 des „Vorwärts“, erhalten wir folgende Zuschrift: „Ihr Hinweis auf die Drohung einiger Apothekenbesitzer, an Stelle der ihnen vom Staate garantierten Arzneitage eine willkürliche Berechnung der Arzneimittelpreise eintreten zu lassen, braucht nicht ernst genommen zu werden. Die Krankenkassen würden sich darauf nie einlassen oder auf gefühlichem Wege die Erziehung eigener Apotheken anstreben. Den Apotheken selbst wäre der monopolartige Charakter genommen, da das Publikum die Arzneimittel der billigeren Apotheke entnehmen würde, was schließlich infolge der Konkurrenz nicht zu einer Verteuerung, sondern Verbilligung der Arzneiwaren führen würde. Mit der heute bestehenden Arzneitage können die Apothekenbesitzer recht zufrieden sein, da sie ihnen einen Nutzen sichern, der die sprichwörtlichen 100 Prozent bei weitem übersteigt. Der Preis eines Medikaments, der sich aus dem Arzneistoff, der Herstellungs- sowie Abgabengebühren zusammensetzt, ist stets ein Mehrfaches der Selbstkosten; ebenso darf der Apotheker bei der Wiederholung einer Arznei für die Säuberung des zurückgebrachten Gefäßes, wofür meistens ein Duschschwenken genügt, die Hälfte des Gefäßpreises zur Anrechnung bringen, was in Anbetracht der teuren Gefäßpreise stets einige Mark ausmacht. Die beispiellose Konjunktur der letzten Monate und die Grippe-Epidemien haben den Umsatz und den Verdienst der Apotheken bedeutend gehoben. Da jeder an seinem Besitz festhalten will, sind verlässliche Apotheken nicht oder nur zu Preisen zu haben, die meistens den letzten Ankaufspreis um viele 100 Mark übersteigen. Trotz dieser glänzenden Geschäftskonjunktur und trotz der ihnen von der Regierung zur Aufbesserung der Angestelltengehälter bewilligten Teuerungszuschläge bei der Abgabe jeder pharmazeutischen Spezialität wurde im Februar das ohnehin schon trostlose Gehalt der angestellten Apotheker von Seiten der Besitzer herabgesetzt. Der junge Pharmazeut erhält heute trotz Raturum, zweijährigem Praktikum und Borexamen, welches ihm alle Rechte und Verpflichtungen eines angestellten Apothekers gibt, monatlich 1150 M. Nach abgeschlossener akademischer Bildung und Staatsexamen gibt der Besitzer seinem angestellten Kollegen, der schon 5 Jahre dem Berufe angehört, monatlich noch heute 1650 M! Mangelhafte Organisation der angestellten Apotheker sowie die Interesselosigkeit der Besitzer für die wirtschaftliche Notlage ihrer angestellten Kollegen sind Schuld an diesen unglaublichen Zuständen. Dabei ist der Apothekenbesitzer nicht allein verantwortungsvoll, sondern auch ein äußerst anstrengender, da außer der gewöhnlichen wöchentlich 48stündigen Arbeitszeit der einschlägige Nacht- und Sonntagsdienst ohne jegliche Entschädigung geleistet werden muß. Daß bei einer derartigen jämmerlichen Bezahlung von einer Arbeitsfreude der angestellten Apotheker keine Rede sein kann und in gewisser Hinsicht die Arzneiverfälschung des Publikums darunter leiden muß, ist klar. Die Öffentlichkeit sollte daher ein Interesse daran haben, dafür zu sorgen, daß das Monopol der Apothekenbesitzer nicht allein darin besteht, sich zu bereichern, sondern ihnen auch die moralische Verpflichtung auferlegt, allen pharmazeutischen Angestellten, auch den jüngeren Kräften, wenigstens das Existenzminimum an Gehalt zu geben, das sie für ihre verantwortungsvollen und anstrengenden Arbeit mit Recht beanspruchen können.“

Die ohnehin bestehende moralische Verpflichtung zu anständiger Gehaltszahlung hilft den Apothekerbesitzern nicht weiter. Die Aussicht auf den späteren Erwerb einer Apotheke wird immer geringer und ist für die meisten Gehilfen unerschöpflich. Wenn diese Angestellten sich nicht mehr als Kollegen ihrer Arbeitgeber fühlen, sondern als Gehilfen und sich beruflich organisieren, dann wird es auch ihnen gelingen, eine ihrer Tätigkeit besser entsprechende Gehaltszahlung zu erreichen. Sonst nicht!

Lohnbewegung in der Landschafts- und Handelsgärtnerei.

Nach der Auflösung der „Vereinigung der Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner“ sowie der Weigerung der Gruppe Berlin des Verbandes Deutscher Gartenbaubetriebe, Tarifabschlüsse zu machen, war die Arbeitnehmerorganisation genötigt, mit den einzelnen Firmen Abmachungen zu treffen. Diese sind jetzt abgeschlossen bzw. gefündigt worden. Die mit den Arbeitgebern geführten Verhandlungen über die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führten zu keiner vollständigen Einigung. Durch die ungünstige Konjunktur im letzten Jahre war die Arbeiterschaft gezwungen, sich mit geradezu erbärmlichen Löhnen abzufinden. Die Erbitterung der Gärtnerei ist außerordentlich stark. Die jetzt aufgestellten Forderungen, für die Landschaftsgärtnerei 13,50 bis 16 M. und für die Handelsgärtnerei bis 12,50 M. pro Stunde, sollen unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Falls nicht in letzter Stunde eine Verständigung erzielt wird, ist der Streik in beiden Branchen unausbleiblich. Die Voraussetzungen für die Durchführung der Forderungen sind in diesem Jahre äußerst günstig. In der Arbeiterschaft des Berufes muß es liegen, die noch Arbeitsstehenden für die Bewegung zu gewinnen. In zwei Versammlungen, für die Handelsgärtnerei am Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus und für die Landschaftsgärtnerei am Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr, in Havelands Festhalle, soll zu dem Streik Stellung genommen werden.

„Fälschung!“

Am Sonnabend brachten wir die „Richtlinien“ zu einem einflussreichen Vorgehen bei der Betriebsrätenwahl in der UEG, Braunerstraße. Gestern früh beschuldigte uns die „Rote Fahne“ glatt der Fälschung dieser Richtlinien, obgleich ihre Redaktion aus der Gegenüberstellung des unredigierten und des redigierten Textes ersehen muß, daß davon die Rede nicht sein kann. Sehen wir nach, was „gefälscht“ ist. Im Original steht:

1. Ohne jede politische Bedingungen. Im „Vorwärts“ stand: „Parteilosigkeit Bedingungen dürfen nicht gestellt werden.“
2. „Volle Parität.“ Im „Vorwärts“ steht: „Jeder Partei wird volle Parität gewährt.“

3. Arbeiten nur auf dem Boden der freien Gewerkschaften und deren Grundgedanken zur Verwirklichung der 10 Punkte des ADGB.“ Im „Vorwärts“: „Die Kandidaten sind verpflichtet, nur auf dem Boden der freien Gewerkschaften (Richtung Amsterdam) und deren Grundgedanken zur Verwirklichung der 10 Punkte des ADGB. zu arbeiten.“

4. „Die Liste muß von der Betriebsversammlung sanktioniert werden.“ Im „Vorwärts“: „Die Kandidatenliste muß von der Betriebsversammlung sanktioniert werden.“

5. Mandatgeber ist die Fraktion.“ Genau so heißt es im „Vorwärts“.

6. „Von jedem Kandidaten ist zu verlangen, daß er sich verpflichtet, sein Amt als Betriebsrat niederzulegen, wenn er von der Mehrheit seiner Mandatgeber oder von seiner Organisation dazu

SPD. Mariendorf. SPD.
Heute, Freitag, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr: Große öffentliche Volksversammlung in der Aula der Gemeindeschule, Kurfürstenstr. 53/54. Thema: „Steuerpolitik und Sozialdemokratie.“ Referent: Reichstagsabg. Hartleb-Hannover.

aufgefordert wird.“ Im „Vorwärts“ lautet dieser Satz: „Jeder Kandidat ist verpflichtet, sein Mandat als Betriebsrat niederzulegen, wenn er von der Mehrheit seiner Mandatgeber oder von seiner gewerkschaftlichen Organisation dazu aufgefordert wird.“

Aus diesen Sätzen hat die „Rote Fahne“ nur den dritten herausgegriffen, darin das nur unterstrichen und sich über die Richtung Amsterdam ausgeregt. Wenn von Arbeiten auf dem Boden der freien Gewerkschaften die Rede ist, dann kann es sich hier in Deutschland doch nur um die Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung handeln, da die freien Gewerkschaften der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen sind. Da wir diese Vereinbarungen für alle Betriebe mit ähnlichen Verhältnissen als Grundlage empfohlen haben, lag zu einer „Fälschung“ nicht die geringste Veranlassung vor, um so weniger, als sie auch ganz sinnlos gewesen wäre.

Trotzdem unterstellt uns die KPD-Fraktion der UEG. „öffentliche Fälschung“. Das ist Unsinn.

Schwarze Listen!

Dem Deutschen Metallarbeiterverband erhalten wir folgende Mitteilung: „Arbeitslose, die an dem Streik der städtischen Arbeiter im Februar beteiligt waren und nach Streikabbruch in den städtischen Betrieben nicht wieder eingestellt wurden, müssen jetzt durch den Paritätischen Arbeitsnachweis zur Vermittlung nach anderen Arbeitsstellen kommen. Dort aber werden sie aus nichtigen Gründen nicht eingestellt. Es hat sich bei dieser Arbeitslosen eine gewaltige Erregung bemächtigt. Wir dürfen nicht zögern, wenn wir dieses Verfahren als wider die guten Sitten bezeichnen. Es geht nicht um die Arbeitgeber, an Mitgliedern der Gewerkschaft Madepolitik zu treiben, denn dadurch kann keine Gesundung unserer verkümmerten Verhältnisse eintreten.“

Alle arbeitslosen Metallarbeiter, die Mitglieder unserer Organisation sind und in den letzten Tagen irgendwelche Erfahrungen in obiger Beziehung gemacht haben, fordern wir hiermit auf, sich in unserem Bureau, Lindenstr. 63/65, Zimmer 15, zu melden.

Die Erbsenverwaltung.

Von Eisenbahnerentlassungen weiß AL zu berichten, daß im Direktionsbezirk Frankfurt a. M. etwa 500 Eisenbahner, wovon 400 in Frankfurt selbst, bis zum 1. April gefündigt wurde.

Der Generalstreik in Graubenz wurde am Dienstag durch eine Verammlung der Arbeiter fast aller Berufsweige proklamiert. Mittwoch vormittags 10 Uhr traten daraufhin alle Arbeiter von Graubenz einschließlich der Bediensteten der öffentlichen Betriebe in den Ausstand. Die Straßenbahnen verkehren nicht. In den städtischen Betrieben wird die Arbeit durch Ingenieure und Schüler der Mechanikerschule aufrechterhalten.

Im oberhessischen Elektrizitätswerk in Chorow trat die Verlegung gestern mittag wegen Lohn Differenzen in den Streik.

Die Transportarbeiter in Mecklenburg sind gestern in den Ausstand getreten.

Aus der Partei.

Ein Parteiveteran.

Genosse Clemens Hengsbach in Köln ist gestern 65 Jahre alt geworden. Es handelt sich bei ihm um einen der Ältesten, die es in der Parteitätigkeit noch heute mit jedem Jungen aufnehmen. Genosse Hengsbach ist seit 11 Jahren Mitglied der Kontrollkommission. Der Zufall wollte, daß diese gerade gestern mit dem Parteivorstand gemeinsam tagte. Genosse Brühne feierte den jungen fünfundsiebzigjährigen und seine Tätigkeit in der Partei, der er in schwerer Zeit seine Dienste widmete. Genosse Bartels vom Parteivorstand schloß sich dem an. Möge Genosse Hengsbach noch lange in gewohnter Rüstigkeit seine Posten ausfüllen.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. 69. Gln. Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Trp. Stephanienstr. 121/68-121/10.

Heute, Freitag, den 17. März:

Reiz. Jugendheim Charlottenstr. 48. Vortrag: „Was ist Disziplin?“ - Charlottenburg. Jugendheim Köpenick. 4. Vortrag: „Unsere Schulverhältnisse.“ - Nierlichshausen. Jugendheim Gemeindeschule Blankenburger Straße. Vortrag: „Ferdinand Lassalle.“ - Petersburger Biererei. Jugendheim Gemeindeschule Strömmerstr. 6. Vortrag: „Die Kulturbeiträge der Arbeiterjugend.“ - Schöneberg II. Jugendheim Comeniusstraße 10. Vortrag: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung des Freundes von Religion und Völkern. Sonnabend, den 18., abends 7 1/2 Uhr. Öffentliche Versammlung in der Aula des Sophien-gymnasiums, Weinmeisterstr. 13. Vortr.: „Bier (nicht Bier)“ - 30. der Sozialismus eine Religion? - Anschließend Diskussion. - Sonntag, den 19., vormittags 10 Uhr. Jubiläumsvortrag. Vortr.: „Schuld und Ehre.“

Wirtschaft

Kapitalbedarf und Bezugsrechte.

Die Kapitalerhöhungen der Industrie werden oft noch immer als Maßstab für den Bedarf der Unternehmungen an Kapital angesehen. Kritiker berichten die bürgerlichen Blätter über die Kapitalvermehrungen in einer Weise, die darauf schließen läßt, daß man in den Ziffern der Kapitalvermehrung eben nicht gern mehr sehen möchte als einen Beweis für die Pflanz der Industrie, ihr Betriebskapital entsprechend der Geldentwertung zu erhöhen. Demgegenüber haben wir oft betont, daß die industriellen Kapitalerhöhungen in der Regel heute ein Geschenk an die Aktionäre sind. Die hohen Aktienkurse würden es den Gesellschaften in der Regel ermöglichen, bei der Ausgabe neuer Aktien neben dem Gegenwert des Betrages, auf den sie lauten, ein hohes Aufgeld dem Betrieb zuzuführen. Die Aktiengesellschaften verzichten aber bewußt auf die Ausnutzung dieser Konjunktur, in der Regel mit der scheinbaren Begründung, daß man den Aktionären einen Anreiz bieten müsse, ihr Kapital in Dividendenwerten anzulegen. Die Folge davon ist, daß der zu dem Bezuge neuer Aktien berechnete Aktionär bei der Kapitalerhöhung in der Regel ein sehr anständiges, oft sogar ein riesiges Geschäft macht.

Für den Umfang der Kapitalvermehrungen gab es bisher wenige zahlenmäßige Anhaltspunkte. Jetzt veröffentlicht das Statistische Reichsamt die Durchschnittskurse sämtlicher Aktiengesellschaften im Monat Januar und gleichzeitig die durchschnittlichen bei der Ausgabe neuer Aktien im gleichen Monat erzielten Kurse. Vergleicht man diese, so kommt man zu folgender Gegenüberstellung:

Es betragen z. B. die Durchschnittskurse für 8 Steinkohlenaktien im Januar 1223. Die neuen Aktien zweier Steinkohlenbergwerke wurden für 130 Proz. fortgegeben. 20 Aktien von Rajchinenfabriken erzielten in der gleichen Zeit einen Durchschnittskurs von 95%, dagegen erhöhten 23 solcher Unternehmungen ihr Kapital, wobei sie die neuen Aktien für 144,6 Proz. abgaben. Die elektrotechnische Industrie hatte bei 16 Unternehmungen einen Durchschnittskurs von 739, die 8 Aktiengesellschaften, die ihr Kapital erhöhten, überließen es dem Aktionär um 150 Proz. Die chemische Industrie weist für 20 Unternehmungen einen Monatsdurchschnittskurs von 1040 auf, 12 ihrer Werke aber, die ihr Kapital erhöhten, nahmen dafür nur 100 Proz. herein. Für 15 Unternehmungen der Textil- und Bekleidungsindustrie wurde ein Monatsdurchschnittskurs von 1387 ermittelt. Dem steht gegenüber, daß 33 Unternehmungen des Spinnstoffgewerbes ihre neuen Aktien um 140,3 Proz. ferner 2 Unternehmungen des Bekleidungs-gewerbes die Anteilsscheine zum Betrag von 133,1 Proz. den Aktionären überließen. Nicht viel anders ist es in der Papierindustrie, deren Gewinne sich in einer bitteren Notlage des Zeitungsgewerbes ausdrücken. Hier erzielten 4 Unternehmungen den Durchschnittskurs von 706, während 8 papiererzeugende Fabriken neue Aktien für 142,5 Proz. abgaben.

Diese Gegenüberstellungen lassen sich noch mannigfach ergänzen. Das Gesamtbild ist das gleiche. Selbst die Banken, die mit Kapitalaufnahmen erheblich vorsichtiger umgehen, verstoßen mit der Erhöhung des Kapitals noch enorme Werte an ihre Aktionäre. Während 40 Kreditinstitute im Monatsdurchschnitt einen Kurs von 364, sowie 15 Hypothekendarlehen einen Durchschnittskurs von 195 aufzeigen, war der Ausgabekurs von 24 Kredit- und Hypothekendarlehen nur 129,7 Proz.

Bei alledem ist zu beachten, daß der Januar keineswegs eine übermäßig günstige Börsenkonjunktur aufwies, wie sie etwa frühere Monate, besonders der Oktober und November vorigen Jahres, gebracht hatten. Wohl erhob sich das Kursniveau der Stammaktien nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes von 978 auf 1006, wenn man die inzwischen und früher gewährten Bezugsrechte nicht berücksichtigt, immerhin brach die zweite Januarwoche der Kursbewegung einen nicht unerheblichen Rückschlag, und auch sonst war die Kursbewegung nicht ganz einheitlich. Gleichwohl blieben die Kurse der neu ausgegebenen Aktien weit hinter denen zurück, die bei Ausnutzung der Konjunktur und bei wirklicher Sorge um das Betriebskapital hätten erzielt werden können und müssen.

Die Differenz, die sich die Aktiengesellschaften haben entgehen lassen, streichen die Aktionäre als mühevolle und in der Steuererklärung schwer wiederzufindende Gewinne ein.

Aus diesen Feststellungen geht hervor, daß die Kapitalerhöhungen der Industrie, weit davon entfernt, ein Maßstab für ihren Kapitalbedarf zu sein, ein Weg verdeckter Gewinnausschüttungen sind, der die hohen Kurse der Aktien trotz ihrer scheinbar mäßigen Verzinsung durchaus erklärt und daß das Privileg der Sachwertbesitzer auf Schutz vor der Geldentwertung, wie es durch die schigen Steuern gewährt wird, goldene Früchte trägt.

Beizung für den rebell. Zell: Franz Kille. Berlin-Schöneberg: für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Hermann Giese & Co., Berlin. Druck: Hermann Giese & Co., Berlin-Schöneberg. 1. Giese & Co., Berlin-Schöneberg.

Gegen raue aufgesprungene Haut
CREME MOUSON
vollkommenstes Hautpflegemittel

Lebensmittel

Frisches Fleisch		Wurstwaren	
Kalb-Vorderfleisch	Pfund 14 ⁰⁰	Leberwurst	Pfund 24 ⁰⁰
Kalbs-Keule	Pfund 16 ⁰⁰	Rotwurst	Pfund 24 ⁰⁰
Suppenfleisch	Pfund 16 ⁰⁰	Jagdwurst	Pfund 29 ⁰⁰
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 18 ⁰⁰	Fleischwurst	Pfund 33 ⁰⁰
Gehacktes	Pfund 17 ⁰⁰	Schinkenspeck	Pfund 30 ⁰⁰
Schweinefleisch	Pfund 25 ⁰⁰	Mettwurst	Pfund 32 ⁰⁰

Rindfleisch gesalzen Pfd.	10 ⁵⁰	Rindfleisch ohne Knochen, gefroren Pfd.	12 ⁵⁰
Rinderherzen gefror. Pfd.	9 ⁵⁰	Landbutter	1/2 Pfd. 21 ⁰⁰

Margarine	Pfund 27 ⁰⁰	Harzer Käse	Pfund 15 ⁰⁰	Heringe (grüne)	Pfd 4 ²⁰
Speisefett	Pfund 30 ⁰⁰	Sahnenkäse	Pfund 22 ⁰⁰	Salzheringe	groß Stück 95 ⁰⁰
Rindertalg ausgegl.	Pfund 26 ⁰⁰	Tafelkäse Stück 3 ²⁵	Büchlinge	geräuchert Pfd 8 ⁰⁰
Landspeck fett od. mag. Pfd.	38 ⁰⁰	Landkäse Stück 6 ²⁵	Sprossen	geräuchert Pfd 5 ⁷⁵

Frische Blut- und Leberwurst Pfund 15⁰⁰ **Frische Landeier** Stück 3²⁵

Jandorf

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Braunerstr. Kolbuser Damm Wilmsdorfer Str

Die Berliner Beamtengehaltsregelung

Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung wurde vollständig durch die zweite Lesung der Beamtengehaltsregelung in Anspruch genommen. In den langwierigen Beratungen des Ausschusses über die Magistratsvorlage war mit Mühe ein Ergebnis zustande gebracht worden, das die Zustimmung der meisten Parteien zu haben schien. Gestern aber überraschten die Deutschnationalen das Plenum mit einem neuen Antrag, der für die Stadtschreiber und Oberstadtschreiber eine nach den Bestimmungen des Sperrgesetzes unmögliche Einstufung verlangte. Genosse Lohmann, der für die sozialdemokratische Fraktion sprach, brandmarkte diese Demonstrationspolitik der Deutschnationalen, die goldene Berge versprochen, obwohl auch sie an dem Widerspruch der Aufsichtsbehörde nicht zweifeln können. Auf eine Aufforderung unseres Redners erklärte nachher der Magistratsvertreter ausdrücklich, daß dieser Versuch einer gleichmäßig höheren Einstufung scheitern müsse. Lohmann wies in seiner Rede darauf hin, daß die Angriffe der Beamten nicht gegen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, sondern gegen das Sperrgesetz zu richten seien. Im Ausschuss haben die Vertreter der Sozialdemokratie alles getan, die Gehälter der obersten Beamten einzuschränken und dafür die Gehälter in den unteren Gruppen gegenüber der Magistratsvorlage aufzubessern. Aber zum Kampf für die obersten Beamten fand sich im Ausschuss eine bürgerliche Einheitsfront zusammen, die im wesentlichen an den Sähen der Vorlage festhielt.

Sitzungsbericht.

Die Sitzung wird bei überfüllter Tribüne vom Vorsteher Dr. Caspari um 5 Uhr 20 Minuten eröffnet. Zur Verhandlung steht die neue Besoldungsordnung für die Beamten und Festangestellten in zweiter Beratung. Die vom Magistrat eingebrachten Dringlichkeitsvorlagen, die sich mit dem neuesten Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 7. März beschäftigen, sollen erst nach Erledigung der Besoldungsordnung vorgenommen werden. — Das Andenken des verstorbenen Bürgerdeputierten Albert Leuzer wird durch Erheben von den Sigen. — Zwei Dringlichkeitsanträge der Kommunisten werden durch Widerspruch von rechts für heute befristet. — Die Vorlagen betreffen die Entwässerungsgebühren gehen ohne Erörterung an den ständigen Etsauschuss. Die Vorlage wegen Vornahme privater Untersuchungen in den städtischen Krankenhäusern wird gemäß dem Ausschussantrage abgelehnt und der Magistrat um eine anderweitige Vorlage ersucht. — Hierauf beginnt

Die Beratung der Besoldungsordnung.

mit der auch die Beratung über die Besoldung der 114 Berliner Magistratsmitglieder verbunden wird. Der Referent, Herr Kunze (Soz.), hebt hervor, daß es sich um circa 20.000 städtische Beamte handelt, und verbreitet sich dann über Einzelheiten der Besoldungsordnung und des Gruppenplans. Dringlich sei die Berücksichtigung vor dem 1. April. Im Ausschuss, der zwei Lesungen abgehalten hat, sind die Auffassungen über die Bemessung der Gehälter der Bezirks- und Magistratsmitglieder, sowie der ehemaligen Berliner Magistratsmitglieder sehr weit auseinandergegangen. Die ursprünglich beabsichtigte Gehaltsabstufung der Ausschussbeschlüsse habe sich nach der ersten Lesung nicht aufrechterhalten lassen; doch habe der Ausschuss keine Veranlassung gehabt, die Vertreter der Organisationen, die eine Protestation eingeleitet hätten, nochmals zu hören. (Widerspruch und Gelächter auf der Tribüne.) — Der Ausschuss hat noch folgende

Entschlüsse

vorgeschlagen: 1. Der Ausschuss erwartet, daß den unteren Besoldungsgruppen ein Dienstverkommen bewilligt wird, das ihnen

mindestens das Existenzminimum gewährt. 2. Der Ausschuss hält die Einreichung der Direktoren des Jugendfürsorgeamtes Berlin, des Waisenamtes Berlin, des Vormundschaftsamtes Berlin und des Jugendpflanzamtes Berlin in Gruppe 12 für geboten. 3. Für den Fall der Schaffung der Stelle eines Generaldezernenten der Finanzverwaltung hat der Ausschuss gegen seine Einreichung in Gruppe 13 keine Bedenken. 4. Die Ausschuss spricht die Erwartung aus, daß die jetzigen vier Finanzdezernenten des Stadtkämmerers als Obermagistratsräte in Gruppe 12 eingereiht werden. — Alle Ungerechtigkeiten habe natürlich der Ausschuss nicht beseitigen können. Das bezüglich der Magistratsgehälter in erster Lesung zustande gekommene Kompromiß sei in der zweiten Lesung nicht aufrechtzuerhalten worden, sondern habe einer anderen Regelung weichen müssen.

Bei einer abermaligen Unruhe droht der Vorsteher die Räumung der Tribüne an. Die Störung war infolge der Verlesung selbst entstanden, und der Vorsteher richtete energische Ermahnungen zur Ruhe an die Mitglieder. — Es gehen

zahlreiche Änderungsanträge

ein. Dr. Kirchner (Dnat.): An unsere Beamtenschaft werden die größten Anforderungen gestellt; da darf sie eine entsprechende Besoldung verlangen. Im Ausschuss hat man sich monatelang abgemüht, diesen berechtigten Ansprüchen zu entsprechen. Dem Magistrat und dem Ausschuss gebührt Dank für den Eifer und die Ausdauer, die sie bei den Beratungen an den Tag gelegt haben. Alle Fraktionen haben gleichmäßig ihre Kräfte eingesetzt, und keine verdient seitens der Beamtenschaft einen Vorwurf. Der Redner trägt dann eine Reihe von Einzelwünschen und Änderungsanträgen vor, über die aber genoueres nicht berichtet werden kann, da die Unruhe in der Versammlung fast ununterbrochen andauert, auch diese Anträge der Presse nicht mitgeteilt sind, der die Ausschussbeschlüsse ebenfalls nur unvollständig vorliegen. Zuletzt lehnt er die Bewilligung einer freien Dienstwohnung für den Oberbürgermeister ab. Unter den Anträgen der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten seien einige annehmbar; mit der Annahme der ungeheuerlichen kommunistischen Anträge aber würde man der Beamtenschaft den schlechtesten Dienst erweisen. (Lärm bei den Komm.)

Richard Kunze (Deutschnational) findet nicht, daß die Vorlage die Beamtenschaft zufriedenstellen kann, wozu der Redner im einzelnen erörtert: Die Preise für das Allernotwendigste, für Kleidung und Nahrung seien 30, 60, 80 Mal so hoch wie im Frieden. Hier müsse eingegriffen werden; die Mittel seien da. Man betrachte die riesigen Gewinne unserer Alltagsgesellschaften, die 30, 40, 50 Proz. des Aktienkapitals betragen. (Der Vorsteher und sein Vertreter Fabian halten diese Ausführungen für unsachlich.) Der Reichsregierung solle sofort der Antrag unterbreitet werden, die

Gehälter in Goldmark

festzusetzen. (Lachen und andauernde lärmende Jurufe.) Dann werde das Volk erkennen, welches frenelohnte Spiel am 9. November mit ihm getrieben worden sei. Die Besoldungsordnung solle sofort nach den Richtlinien des Ministeriums umgearbeitet werden; also Zurückverweisung an den Ausschuss! — Kunze (Z.): Der ganze Aufbau der Eingruppierung im Reich ist unsachlich; das Sperrgesetz macht die Sache für die Kommunen noch schlimmer. Aber wir sind gebunden. Der Ausschuss ist bei sehr vielen Gruppen trotzdem über das Sperrgesetz hinweggegangen. (Lachen auf der Tribüne.) Den Feuerwehrlisten aber hätte man mehr entgegenkommen müssen. Der Aufstieg müsse jedem tüchtigen, auch dem Nichtakademiker, eröffnet werden. Die Ausschussvor schläge seien mit einigen Verbesserungen durchaus akzeptabel. Die Stadtschreiber in den Bezirken lehne das Zentrum ab, auch die Entscheidung 2, weil mit der Schaffung immer neuer Direktoren usw. endlich Schluss gemacht werden müsse.

Einen Zwischenfall ruft hiernach v. Egnern (D. Sp.) mit einem Antrage auf eine halbseitige Vertagung hervor, den er demotiviert, daß von den Deutschnationalen ein Änderungsantrag zur Eingruppierung der Stadt- und Oberstadtschreiber beabsichtigt sei, über dessen Tragweite man sich orientieren müsse. Dr. Lohmann (Soz.) widerlegt, daß man im Ausschuss übereingekommen sei, Änderungsanträge zur Eingruppierung der

großen Gruppen nicht mehr zuzulassen; mit einem solchen Antrage werde das Zentrum der Besoldungsordnung alteriert. — Nach längerer erregter Aussprache wird der Antrag v. Egnern abgelehnt. Jurisch (D. Sp.) wendet sich gegen die Anträge der Sozialdemokraten, soweit sie die Gehälter der Magistratsmitglieder herabdrücken wollen, und tritt in diesem Punkt für die Ausschussvor schläge ein. Den Zentrumsanträgen tritt er bei.

Kirchner (Dnat.) will auf die Besoldungsordnungsdebatte zurückkommen, wird aber darauf verwiesen, daß das nicht mehr zulässig ist.

Dr. Lohmann (Soz.): Ich habe schon im November erklärt, daß es kein unsocialeres Gesetz als Errichtung der Besoldungsordnung hat als diese Besoldungsordnung. Die Beamtenschaft hat aber

gegen eine falsche Front

Sturm gelaufen; wir hier können nur die Konsequenzen ziehen aus dem, was im Reich beschlossen ist. Wir würden kraft mit dieser Gruppenspielerlei gründlich aufträmen. Die angebliche Unvollkommenheit dieser Einrichtung wird noch verschärft durch die ungeheure Spannung zwischen den ungeren und oberen Gruppen. Die Reichsbesoldungsordnung ist von der Bürokratie gemacht und leider von den Beamtensorganisationen sanktioniert worden. Doch der Magistrat sieht in der Frage der städtischen Besoldungsordnung vorher mit den Ausschussinstanzen benach, was ein Gebot der Vernunft und der praktischen Besinnlichkeit ist. Das Gegenteil kann wohl eine Fraktion Richard Kunze oder eine Fraktion Degner machen, aber keiner, der sich verantwortlich fühlt; wir hätten mit solcher Agitationspolitik den Besten des aller schlechtesten Dienst geleistet. Wir sind bereit, den

Kampf gegen das Sperrgesetz

zu führen, aber nicht hier mit leeren Demonstrationen, sondern da, wo er zu führen ist. Wir haben versucht, innerhalb der 18 Gruppen die soziale Spannung zu verringern, die unteren zu heben, und haben da eine Fülle von Verbesserungen erreicht. Der letzte unerfüllte Rest liegt in unseren heutigen Anträgen vor. Sie finden da auch die Höhepunkte der Krankheitsüberträger und Berufsruhmünder. Sehr bedauern wir und finden es unerhört, daß der qualifizierteste Handarbeiter nicht über Gruppe 6 hinauskommen kann, während alle Sekretäre in Gruppe 6 und 7 ihren Anfang nehmen. Weiter soll nach unserer Auffassung die Verdünnung eines Beamten für seine Einstufung nicht maßgebend sein, sondern lediglich die Leistung, und wir haben in den oberen Kategorien zu senken versucht. Die Eingruppierung der Stadtschreiber ist im Ausschuss in zweiter Lesung einstimmig angenommen worden. Jetzt macht die Fraktion der Deutschnationalen eine Wendung, die doch auf der Grenzlinie von Treu und Glauben liegt; damit macht man interfraktionelle Besprechungen illusorisch. Die Deutschnationalen glauben doch selbst nicht, daß damit die Besoldungsordnung genehmigt würde; sie wollen doch etnen

Scheinbeweis der deutschnationalen Beamtensfreundlichkeit

geben. Der Magistrat wird, das verlangen und erwarten wir, seine bezügliche Erklärung hier wiederholen; sonst wäre ja die Erklärung im Ausschuss nur Theaterdonner gewesen. Oben wollten wir grünllich sparen. Gemeinfinn und Verantwortungsgesühl dürfen wir gerade auch von den oberen Besoldungsgruppen erwarten; diese Unmöglichkeit kann überhaupt nicht abgelehnt werden; sonst soll der Betreffende sein Köpfeleinziehen und zur Privatindustrie gehen. Darum haben wir beantragt, aus Gruppe 13 die Obermagistratsräte nach Gruppe 12 zurückzuführen. Darum wollen wir die Magistratsmitglieder in den Bezirken in Gruppe 12, in der Zentrale in Gruppe 13 einreihen. An den Spitzengehältern könnten

6 Millionen Spart

werden. Hier hat uns leider im Ausschuss der Kämmerer sehr gefehlt. Das Recht, bei den Arbeiterforderungen Maß zu halten, hat nur der, der da gespart hat, wo das Existenzminimum reichlich überschritten ist. Wird der Ausschussantrag angenommen, so muß wenigstens der Unterschied zwischen Stadtschreibern und anderen fallen. Bei Schluss des Blattes dauert die Sitzung noch an.

Die Besetzung Dr. Albert Leuzers fand gestern auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde unter Teilnahme von Vertretern der Reichs- und Gemeindebehörden, der Stadtverordnetenversammlung, sowie zahlreicher Trauungsfamilien der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege und der Sozialpolitik statt.

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Boyer.

„Was ist denn los?“ sagte Wangen, „ist zu Hause mit meiner Frau was passiert?“
Der Konsul stellte sein Glas auf den Tisch und heftete naserümpfend seine giftigen kleinen Augen auf Wangen. „Ja, ja, da passiert viel in der Welt.“ sagte er. „Was häßt du zum Beispiel von dem großmächtigen Herrn von Nordby?“
„Von dem? Ich weiß nicht. Ich hab' mit mir selber genug zu tun. Aber ich muß jetzt fort.“
„Warte doch!“ sagte der Konsul. „Nordby muß gegen dich irgendeinen alten Groll haben. Ehrlich gesprochen, er will dich durchaus ins Zuchthaus bringen, weil du seinen Namen gefälscht hast.“
Der Staatsminister sah von seiner Patience auf und versuchte, in Wangens Gesicht zu lesen, ob das wahr sei oder nicht. Es entstand eine kleine Pause, während der Konsul die Situation auskostete und Wangen durch seine Brille anstarrte. Der brach in ein Lachen aus und griff unwillkürlich nach dem vollen Glase. „Prost!“ sagte er. „Das ist nicht schlecht!“
„Glaubst du etwa nicht? Es ist wahr, Alterchen, frag' nur den Staatsminister!“
Der ehemalige zukünftige Staatsminister nickte. Wangen blickte von einem zum andern.
„Was redet ihr da für ein Blech?“ Er konnte es noch nicht glauben.
„Ja, wahrhaftig.“ sagte der Konsul mit einem giftigen Lächeln. „Wir leben heute in einer herrlichen Zeit.“
„Ist jemand bei meiner Frau gewesen?“ Wangens Stimme zitterte, er wurde mit einemmal ganz blaß und griff nach seiner Handtasche.
„Allerdings, sie hat Besuch gehabt!“ antwortete der Konsul und bestete seine giftigen Augen auf ihn.
„Der Antmann?“
„Ja.“
„Weil... weil ich falsch geschrieben haben soll?“
„Stimmt auffallend.“ Der Konsul genoh diese Situation so sehr, daß er gann vergaß, sein Glas auszutrinken. Wangen hatte seines gelehrt und hielt es noch mehr hin.
„Prost!“ sagte er dann. „Wenn das wahr ist, dann soll weiß der Teufel der Nordby ins Zuchthaus und nicht ich.“
Und er kroch seinen Mantel zu und eilte aus der Tür.

5.

Im Einerlei des Alltags geschieht es wohl, daß wir plötzlich auf ein Hindernis stoßen, das uns zwingt, innezuhalten und nachzudenken. Für Henrik Wangen war dieser Bankrott solch ein Hindernis. In der Heimbahn, auf der Heimreise von der Stadt, den unabwendbaren Ruin vor Augen, war ihm fast, als wäre sein Todesurteil gesprochen. Dieser Bankrott, der so viele Menschen ins Unglück brachte, war durch seine eigene Untauglichkeit und Leichtsinns verschuldet, das sah er ein. Schrecklich aber wahr.

„Das ist nun die Folge davon, daß du nichts von Grund auf versteht.“ dachte er. „Und hättest du nicht so oft die Nächte lang beim Konsul gefessen und getrunken, dann hättest du am nächsten Tag auch für die Geschäfte einen klaren Kopf gehabt. Und jeder Tag, an dem er müde und stumps einen Abschlus gemacht, gewann jetzt für ihn Leben in Gestalt einer brotlosen, verzweifelten Familie. „Da siehst du's! Da siehst du's!“

Und in dieser Stunde ruhiger Aufrichtigkeit gegen sich selber, da sah er etwas ein, was ihn noch tiefer als alles andere berührte. Nämlich, daß sein gutes Herz ihm eigentlich noch viel gefährlicher gewesen war, als der Schnaps. Denn immer hatte er sich damit beruhigt, daß er alles so gut meinte. Weiß Gott, er hatte alles so gutgemeint. Und in dieser guten Absicht hatte er die leichtsinnigsten Dinge unternommen und das stets mit gutem Gewissen: denn seine gute Absicht war immer bereit, die finsternsten Lügen zu entschuldigen und mit einem Glanz der Wahrheit zu umgeben.

Und jetzt? Die Wirklichkeit hatte keinen Gebrauch für seine guten Absichten. Die forderte mehr.

Und im Rollen des Juges tauchte ihm auch seine Lieblingsidee auf, die Lage der Arbeiter zu verbessern, nämlich der Achtstundentag. Der hatte seinen Teil zum Ruin beigetragen. Warmherzige Ideen allein galten in dieser Welt eben nichts. Da waren andere nötig, die nicht zum Unglück ausarten für die, denen sie helfen sollten — wie es jetzt der Fall war.

Ich überkam eine dumpfe Wut gegen sich selber. Er schwor sich, nicht zu ruhen, bis er allen zurückgezahlt, um was er sie gebracht hatte. Er schwor, keinen Tropfen Alkohol mehr über die Lippen zu bringen. Er war sich vollständig klar, daß das noch lange nicht genug war. Die Leiden, die er über so viele gebracht hatte, die konnte er nie, niemals zurückzahlen. Und seine Frau, die ihm soviel Vertrauen geschenkt hatte?

— Er hatte Lust, sich selber an die Kehle zu packen und nannte sich einen Schuft.

— Aber jetzt wanderte er heimwärts vom Konsul, nachdem er dessen „Neuigkeit“ vernommen. Und merkwürdig: er war viel ruhiger geworden. Er trug den Kopf nicht mehr länger gesenkt. Er ging viel leichter. Er wühlte selber nicht recht, woher das kam. Es graute ihm auch nicht mehr so davor, nach Hause zu kommen und seiner Frau die Wahrheit zu gestehen.

Als er sein Haus zu Gesicht bekam, das etwas links vor der dunklen Masse der Ziegeleigebäude lag, entdeckte er in einem einzigen Fenster Licht. Der Zustand seiner Frau fiel ihm ein und der Besuch des Antmanns. „Die Hermit!“ dachte er. „Vielleicht war sie allein zu Hause!“ Und ein dunkler Fohn stieg in ihm auf, diesmal nicht gegen sich selbst, sondern gegen Nordby... Ist er denn ganz verrückt! Was denkt er sich denn dabei? — Und es erleuchtete ihn ordentlich, den Kerger gegen einen anderen als sich selber richten zu können.

Er trat in das Schlafzimmer, wo er Licht gesehen hatte, da sah seine junge Frau bei einer kleinen Lampe. Mechanisch erhob sie sich. Mit einem Blick sah er, daß die Kinder schon zu Bett waren und der Tisch gedeckt auf ihn wartete. Wie warm und friedlich es hier war. Und mitten in all dem Frieden stand sie bleich und ängstlich und starrte ihn an, als wolle sie sagen: „Schnell, sag, ob es wahr ist!“

Sie war hochgewachsen und stattlich, noch nicht dreißig, ihr graues Kleid umbüllte sie locker und weich, und das schwere blonde Haar sah wie eine Krone auf ihrem Kopfe. Ihre starken, hellen Augenbrauen machten ihren Blick hell und groß. Ihr Gesicht lag im Schatten des Lampenschirmes. Sie stand, auf eine Stuhllehne gestützt, unbeweglich, ungeduldig und gespannt.

„Ich weiß alles!“ sagte er kurz und setzte die Handtasche ab. Und noch bevor er sich wieder aufrichtete, hörte er sie auf einen Stuhl niedersinken und in Wägen ausschreien. „Ich schwöre, ich müßte den Verstand verlieren!“ schrie sie.

Er blieb stehen und betrachtete sie. Sie war ihm nicht entgegengekommen und um den Hals gefallen. Hatte sie ernstlich Argwohn?

Die Erregung, der Schmerz über dieses Mißtrauen gab ihm wieder eine gewisse Erleichterung. Denn in dem Punkte war er doch unschuldig. Hier konnte er sich mit gutem Gewissen verteidigen.

Er ging zu ihr hin und legte ihr die Hand auf die Schulter. „Karen!“ sagte er. „Sag, glaubst du das?“
(Fortsetzung folgt.)

Der Berliner Haushalt für 1922.

Der Haushaltsplan für 1922 wird erst nach Beginn des neuen Rechnungsjahres festgestellt sein. Damit vom 1. April 1922 ab die auf das neue Rechnungsjahr entfallenden Zahlungen geleistet werden können, hat der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung um folgende Beschlußfassung ersucht:

Bis zur endgültigen Feststellung des Haushaltsplanes für 1922 sind laufende Ausgaben für das Vierteljahr April-Juni 1922 neben denen zur Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen und auf einen längeren Zeitraum im Voraus fälliger Verbindlichkeiten nur bis zur Höhe von einem Fünftel der Mittel zu leisten, die in dem von der zentralen Finanzverwaltung geprüften Haushaltsentwurf für 1922 vorgegeben sind. Die außerordentliche Verwaltung und die bei der ordentlichen Verwaltung für einmalige Ausgaben angelegten Mittel dürfen ohne besondere Genehmigung der Gemeindebehörden nicht in Anspruch genommen werden.

Die Meldungen über einen Fehlbetrag von 170 Millionen bei der Straßenbahn im Jahre 1921 sind unrichtig. Der Betriebsverlust wird vielmehr unter Berücksichtigung der in der letzten Zeit ständig rückwärtig bewilligten Lohnsteigerungen und der sprunghaftem Teuerung der Materialpreise, infolge der günstigen wirtschaftlichen Arbeitsentwicklung im vergangenen Jahr nur etwa 70 bis 80 Millionen betragen. Dem übrigen ergibt die Deckungsvorlage des Magistrats, die der Stadtverordnetenversammlung zugegangen ist, daß die in der letzten Zeit vorgenommene wirtschaftlichere Gestaltung der Linien bei gleichen Einnahmen im kommenden Jahr voraussichtlich eine Ersparnis von rund 60 Millionen Mark auf das Jahr bezogen, bringen wird.

Bilderdiebstahl in der Nationalgalerie.

Vier Federhandzeichnungen Klingers gestohlen.

Die Museumsdiebstahle häufen sich in der letzten Zeit in Berlin, so daß der Verdacht nahelegt, daß eine ganze Bande gewerbsmäßig ihr Wesen treibt. So wurden bekanntlich erst in der jüngsten Zeit aus dem Märkischen Museum 25 Gold- und Silbermünzen gestohlen. Jetzt ist wieder ein Diebstahl in der Nationalgalerie entdeckt worden. Es wurden dort, wahrscheinlich von Dieben in der Rasse hornloser Besucher, vier Federhandzeichnungen von Klinger gestohlen, die zusammen einen Wert von 120 000 Mark repräsentieren. Eine Zeichnung stammt aus dem Jahre 1877. Von zwei Bildern des Meisters aus dem Jahre 1878 stellt ein Christus dar, wie er von mehreren Kriegsknechten umgeben, auf einem Podium erhöht über den Köpfen des Volkes kniet, das andere die Kreuzigung. Die vierte Handzeichnung stammt aus dem Jahre 1879. Sie stellt Eva und die Schlange dar, die sich vom Baum des Lebens herabringt und der nackten Gestalt einen ovalen Spiegel vorhält. Die Bilder, die jedes 30 000 Mark wert sind, hat der Dieb zum Teil aus dem Rahmen herausgeschnitten. Mittellungen über das Aufsuchen der Kriminelle nimmt die Dienststelle B 17 der Kriminalpolizei entgegen.

Eine Jagd über die Dächer.

Große Aufregung gab es kürzlich in dem Hause Kaiser-Wilhelm-Str. 10. Hier hatte ein Bankdirektor einige Gäste zur Feier eines Geburtstages bei sich. Als die Hausangestellte vom Einholen zurückkehrte, entdeckte sie, daß aus einem Zimmer Belze und Handtaschen gestohlen worden waren. Das Mädchen schlug Alarm. — Es wurde festgestellt, daß das Haus verschlossen war, daß sich also der Dieb noch darin befinden mußte. Der Bankdirektor rief das Ueberfallkommando an, das auch bald erschien. Die Beamten durchsuchten das ganze Haus und es ergab sich, daß der Dieb eine Tür des Fahrstuhlschachtes erschrocken hatte und so eingedrungen war. Während der Nachforschungen hörte man die Scheibe eines Dachfensters klirren. Der Dieb war oben, als man ihm nachsah, bereits hinausgelaufen und über das Dach verschwunden. Während man die Spur über das Dach verfolgte, trafen zur Verstärkung noch andere Polizeimannschaften ein. Als sie gerade das Haus erreicht hatten, fiel eine gestohlene Handtasche vom Dach herunter, ihnen vor die Füße. Nach längerem Suchen fand man endlich den Dieb in einem Nebenhaus im Schlafzimmer einer Wohnung unter dem Bett und nahm ihn fest. Einen Koffer mit allen gestohlenen Sachen hatte er mitgeschleppt und bei sich in seinem Versteck. So kamen die Bestohlenen sofort wieder zu ihrem Eigentum. Der Verhaftete wurde festgehalten als ein Dentist Fritz Bracht, der mit der Hausangestellten des Bankdirektors, das dort seit 4 Jahren in Stellung ist, ein Verhältnis angeknüpft hatte, um die Gelegenheit zu einem Einbruch auszunutzen. Das Mädchen hatte von dieser Absicht nach den Angaben des Verhafteten keine Ahnung. Er hatte es, als es zu der Befragung ausging, getroffen und war dann durch die Haustür und den Fahrstuhlschacht eingedrungen, während das Mädchen glaubte, daß er nach Hause gegangen sei.

Neue Straßenbahngutscheine.

Um den Geldwechsel auf der Straßenbahn zu erleichtern, hat der Magistrat Gutscheine über 2 Mark für die Straßenbahn herstellen lassen. Diese Gutscheine tragen nicht den Charakter von Rotgeld, sondern sie sind lediglich für die Benutzung bei der Straßenbahn bestimmt.

Der Magistrat ruft die im Umlauf befindlichen 50 Pf. Stadtkassenscheine mit den Jahreszahlen 1918, 1919, 1920 (grüne Scheine) zur Einziehung auf. Die Einziehung beginnt mit dem 1. April und endet mit dem 30. Juni 1922. Mit dem 1. Juli 1922 verlieren diese 50 Pf. Stadtkassenscheine ihre Gültigkeit. Banken und alle öffentlichen Kassen können bis am 6. Juli 1922 die Stadtkassenscheine an die Stadthauptkasse, Rathaus, abliefern.

Der „Angemessenheitspreis“ für Kartoffeln.

Wie das Oberpräsidium mitteilt, ist der Angemessenheitspreis für Kartoffeln handelsüblicher Ware im Sinne der Badergesetzgebung auf 135 Mark für den Zentner ermittelt. Berlin würde sich freuen, wenn es für diesen Angemessenheitspreis Kartoffeln beläme.

Der „Republikanische Jugendbund Schwarz-Rot-Gold“, der die republikanische Jugend ohne Rücksicht auf Parteigebundenheit zusammenzuführen will, veranstaltet am Samstag, den 18. März, abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung im Werner-Siemens-Kongressarium, Schöneberg, Nollentempel- oder Münchener Straße. Es sprechen Dr. Hans Simon und Olga „Junge Republik“, über den 18. März, Geburtstag Dr. Thuners an über: „Die deutsche Republik und die deutsche Schule“. Jeder Republikaner ist herzlich willkommen!

Wetter bis Sonnabend mittag. Nachweise heiter, aber ziemlich kühl und freundlich, im Nachmittage noch vielfach leichte Niederschläge.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch reichlich, Geschäft etwas lebhafter. Fische ausreichend, Geschäft reger. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Schweinefleisch 28—34 M. Rindfleisch 24—28 M. ohne Knochen
26—29 M. Kalbfleisch 21—28 M. Hammelfleisch 22—26 M. Linsen
27—29 M. Kaffeebohnen 8—11 M. Seelachs 7,50 M. Dorsch 6 M. in Eis
Scholle 30—32 M. Hechle 15—17 M. Aale 30—35 M. Lebende Barsche
16—17 M. Karpfen 20—25 M. Bile 13—16 M. Naturbutter 14—15 M.
Margarine 25—27 M. Kokosfett 30 M. Eier 3,30—3,50 M. Reis 7,50 bis
12 M. Eiernudeln 10—17 M. Buchweizenkörner 11 M. Erbsen 8—11 M.
Weisse Bohnen 4—5 M. Wirsingkohl 4,50—5 M. Weißkohl 4,50—5,50 M.
Rosenkohl 10 M. Blumenkohl 10—17,50 M. dor Kopf Spinat 1—7 M.
Zwiebeln 5—7 M. Zitronen 1—2 M. das Stück.

Das Steuerkompromiß im Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde zunächst das Gesetz über die Rindigungsbeschränkung zugunsten Schwerverkriebsbeschädigter in allen drei Lesungen angenommen. Danach wird die im § 18 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerverkriebsbeschädigter vom 5. April 1920 bestimmte Frist, innerhalb der die Rindigung eines Schwerverkriebsbeschädigten erst wirksam wird, wenn die Hauptfürsorgestelle zugestimmt hat, bis zum 1. Oktober 1922 verlängert.

Hierauf wird die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über das Branntweinmonopol fortgesetzt. Da das Haus nicht beschlußfähig ist, wird die Sitzung geschlossen. Bei Wiedereröffnung der Verhandlungen wird beschlossen, entgegen dem Vorschlag des Präsidenten, zuerst das Branntweinmonopol-Gesetz und dann erst das Mantelgesetz zu den Steuervorlagen zu beraten. Das Gesetz über das Branntweinmonopol wird dann in zweiter Lesung unter Ablehnung aller unabhängigen Anträge zu Ende beraten. Angenommen werden drei Entschlüsse des Ausschusses. Die eine fordert eine Gesetzesvorlage, die den Gemeinden die Möglichkeit gibt, Abgaben auf den Triebbrandwein zu erheben. Die zweite fordert einen Gesetzentwurf, der die Bewertungsstelle des Monopols in eine Aktiengesellschaft umwandelt. Eine dritte Entschlußforderung fordert die Ausdehnung der Vorschriften über Entschädigungen auch auf solche Betriebe, deren Inhaber infolge des Friedensvertrages aus den abgetretenen Gebieten ausgewandert sind.

Bei der nun beginnenden ersten Beratung des Mantelgesetzes zu den Steuervorlagen ergreift das Wort

Reichsfinanzminister Dr. Hermes.

Der Minister wird von den Kommunisten mit Rufen wie: „Prost, Herr Minister! — Wie schmeckt der Wein, Herr Minister? — Sehtminister, drei Mark pro Flasche! — Sehtmarke Hermes“ u. a. empfangen. Die Zwischenrufe hören auch nicht auf, als Präsident Höhe darauf aufmerksam macht, daß die Angelegenheit, auf die die Zwischenrufer anspielen, durch einen Untersuchungsausschuß geprüft wird. Der Minister hat während dieses minutenlangen Lärmes bereits seine Rede begonnen, so daß deren Anfang unverständlich blieb. Der Minister führte dann aus:

Wenn man die eben in den Ausschüssen erledigten Steuergesetze überprüft, so muß man feststellen, daß in keinem anderen Lande die Steuerbelastung den Stand erreicht hat, den sie jetzt in Deutschland haben wird. Die deutsche Wirtschaft ist stärker belastet als die irgend eines anderen Landes. Zu bedauern ist, daß selbst in der französischen Kammer wieder die Behauptung aufgestellt worden ist, die steuerliche Belastung Deutschlands liege der der anderen Staaten nach. Das deutsche Volk nimmt jetzt neue gewaltige Lasten auf sich, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Nach dem heutigen Stande unserer Wirtschaft muß aber eine neue Belastung, die über das hinausgeht, was die vorliegenden Steuergesetze bringen, als nicht erträglich bezeichnet werden. Die Gesundung unserer finanziellen Organisation wird durch die neuen Steuergesetze nicht gefährdet. Den Steuerbehörden wird eine neue große Veranlagungsarbeit für das laufende Kalenderjahr durch die neuen Gesetze nicht zugemutet. Es wird dafür gesorgt werden müssen, daß einseitigen Einzahlungen auf die Zwangsanleihe schon 1922 in weitem Umfang erfolgen können, jedoch ohne daß die Finanzämter dadurch besonders belastet werden. Nach den Berechnungen, die wir angestellt haben, halten sich Beschäftigung und Verbrauchssteuern im großen und ganzen die Waage, wobei noch in Betracht kommt, daß bei den Verbrauchssteuern der vermeidbare Verbrauch eine große Rolle spielt, während andererseits die Beschäftigten durch die Zwangsanleihe ein erhebliches Uebergewicht erhalten. Für die Zwangsanleihe hat das Mantelgesetz nur allgemeine Richtlinien gegeben. Ich werde es mir angelegen sein lassen, dem Hause bald den

Entwurf eines Zwangsanleihegesetzes

vorzulegen, in dem auch die Möglichkeit einer freiwilligen Anleihe neben der Zwangsanleihe offengehalten werden soll. Die Ausschlußbeschlüsse zur Umsatzsteuer stellen ein Kompromiß dar. Ich verkenne nicht, daß eine zu starke Anspannung der Umsatzsteuer zu wirtschaftlichen Schädigungen führen kann. Die Umsatzsteuer wird demnach eine Vereinfachung erfahren. Bei Beratung des neuen Landessteuergesetzes soll geprüft werden, wieweit den Gemeinden Gelegenheit gegeben werden soll, den Verbrauchsteuern Beiträge zu besteuern. Bei den neuen Verbrauchssteuern war es das Ziel, möglichst hohe Erträge mit möglichst geringem Kräfteaufwand zu erreichen. In der Hauptsache handelt es sich um Erhöhung bestehender Steuern. Im Vordergrund steht die Novelle zur Kohlensteuer. Diese Steuer erreicht am 31. März ihr Ende und es würde ein unerträgliches Vakuum eintreten, wenn nicht zum 1. April die Steuer neu geregelt würde. Die Erhöhung des Kaffeepolls stellt bei dem Stande unserer Währung eine weitere fühlbare Belastung dar. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß trotz aller Bedenken an der vereinbarten Erhöhung festgehalten werden muß. Hinsichtlich der Zuckersteuer verkenne ich nicht, daß der Zucker für die Volksernährung eine wesentliche Rolle spielt.

Die Ausgaben der allgemeinen Staatsverwaltung

werden auf eine gewaltige Höhe getrieben durch die Reparationslasten und die Verschlechterung des Standes der Mark, die eine fortwährende Verteuerung der Lebenshaltung herbeiführen, so daß immer neue unabwendbare Forderungen an den allgemeinen Haushalt herantreten. Darum ist es mittelbar der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages, der die neuen Steuergesetze notwendig macht, ohne daß ihre Erträge, abgesehen von einem Ueberfluß der allgemeinen Reichsverwaltung, dem Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages zu Gute kommen. Erforderlich sind 173 Milliarden, eine Zahl, deren Bedeutung erst klar wird, wenn man berücksichtigt, daß die Ausgaben der allgemeinen Verwaltung, einschließlich der Kosten der Eisenbahnen, 164 Milliarden ausmachen. Der Reparationsetat ist nach Abzug von 16 Milliarden aus dem Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung zur Deckung auf Anleihe angewiesen, d. h. es müssen 155 Milliarden zur Schuldentilgung aufgebracht werden. Nehmen wir den Ertrag der Zwangsanleihe mit der unsere Wirtschaft außerordentlich stark belastenden Summe von 80 Milliarden an, so würden, da der Weg einer fundierten Anleihe undenkbar ist, 95 Milliarden durch Schatzkassen gedeckt werden müssen. Wenn immer noch von einigen Seiten behauptet wird, daß Deutschland abichtlich die Leistungen für die Reparationen unmöglich machen will, so ist das eine in der Wirklichkeit sich widersprechende Behauptung, daß ich nicht nötig habe, sie ernstlich zu widerlegen. Die Folge der Geldentwertung ist ein Wettlauf zwischen der Steigerung der Preise und der Steigerung des Arbeitseinkommens, wobei die Kaufkraft der Bevölkerung immer mehr erliegen muß. Eine Folge des Marksturzes ist es, daß die Befriedigung selbst der notwendigsten Lebensbedürfnisse des größten Teils der Bevölkerung immer schwieriger wird. Auf der anderen Seite muß bei dem immer weiter sinkenden Geldwert der Zeitpunkt herankommen, wo unsere Industrie zum Erliegen kommt. Es wird immer schwieriger, Lebensmittel und Rohstoffe zu importieren.

Eine Besserung kann nur von außen her erfolgen, durch ein vernünftiges, unserer Leistungsfähigkeit angepasste Abgrenzung der Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag.

Was in den Kräfte des deutschen Volkes steht, um das gewünschte Ziel zu erreichen, soll durch diese Steuervorlagen geschehen. Daneben besteht der Wille, den Staatsbedarf auf das zu beschränken, was gegenüber unseren Lebensbedürfnissen und Kulturforderungen möglich ist. Wir haben bereits große Leistungen auf Grund des Friedensvertrages gemacht. Die Größe dieser Opfer wird erst vollständig im vollen Ausmaß, wenn berücksichtigt wird, wie Deutschland wirt-

schäftlich durch den Friedensvertrag verstimmt ist. Die abgetretenen landwirtschaftlichen Gebiete lieferten mehr als ein Sechstel des deutschen Getreideertrages, und darum sind wir gezwungen, für zweieinhalb Milliarden Goldmark Lebensmittel einzuführen. Von unserer Steinkohlenförderung, die durch den Verlust des Saargebietes und nach Abtretung von Oberschlesien stark gesunken ist, müssen wir noch ein Viertel auf Grund des Friedensvertrages an die Alliierten abgeben. Daneben sind zwei Drittel der Eisenproduktion und fast die gesamte Zinkproduktion verlorengegangen. Wir haben von 10 zu 10 Tagen 31 Millionen Goldmark zu zahlen. Diese Zahlungen sind bisher regelmäßig geleistet, aber der schwere Zustand, der uns so auferlegt ist, darf nicht fortauern, wenn nicht Deutschlands Währung vollständig ruiniert werden soll. Da sich bei unseren Gegnern immer mehr die Ansicht durchzusetzen scheint, daß der niedrige Stand der Mark auch für sie gefährlich ist, so darf man hoffen, daß sie aus dieser Erkenntnis auch die Konsequenzen ziehen. Zeitungsnotizen zufolge, haben die alliierten Finanzminister den Gedanken einer internationalen Reparationsanleihe erwogen, um einen Teil der deutschen Reparationsverpflichtungen stiftig zu machen. Die deutsche Regierung wird diesen Gedanken prüfen, vor allen Dingen auch inwieweit eine Verbindung mit der Zwangsanleihe unter völliger Aufrechterhaltung ihres Charakters möglich ist. Hoffentlich wird der Gedanke der alliierten Finanzminister bald zur Tat werden. Wir selbst werden alles tun, um durch Steigerung der Einnahmen und Beschränkung der Ausgaben an der Gesundung unserer Finanzen zu arbeiten. Ich bitte Sie, den Beschlüssen der Steuervorläufe möglichst bald zuzustimmen, damit die neuen Quellen zu suchen beginnen. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt werden können, so können doch Reichstag und Regierung dann mit gutem Gewissen vor dem ganzen Volke erklären, daß sie alles getan haben, um an der Gesundung der Welt mitzuarbeiten. Scheitern diese Gesundungsarbeiten, so ist das sicherlich nicht die Schuld des deutschen Volkes. (Leb. Beifall.)

Abg. Ed. Bernheim (Soz.):

Die Kritik, die wir im November v. J. an den Steuergesetzen geübt haben, gilt auch heute noch. Die Summe des Ertrages der Steuern ist zwar noch durch die Zwangsanleihe vermehrt worden, aber sie bringen noch nicht die Summe auf, die notwendig wäre, den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Die Verteilung der Steuerlasten ist in vieler Hinsicht ungerecht und trifft im ganzen die Beschäftigten schwerer als die Besitzenden. Nur im Angesicht des Drucks der Umstände und der schwierigen Lage der Republik haben wir uns für ihre Annahme eingeklagt.

Dieses Steuerwerk legt unserem Volke furchtbare Lasten auf und bedeutet namentlich für die große Schicht der sozial Verlorenen eine ganz erhebliche Verschlechterung ihrer Lebenslage. Sie trifft diejenigen aber, die von der Wirtschaftstage den größten Vorteil ziehen, nicht mit der notwendigen Schwere. Jede Milliarde ungedeckter Papiergelder, die neu gedruckt wird, bedeutet der arbeitenden Bevölkerung eines Teiles ihres Einkommens und bereichert die Besitzer der Sachwerte. Hier zugreifen wir das Gebot der Gerechtigkeit. Es ist möglich, Vorkehrungen auszubringen, wonach das Reich Teilhaber wird an den Reinerträgen von landwirtschaftlichem und forstwirtschaftlichem Grundbesitz, der einen bestimmten Umfang übersteigt, und von industriellen und finanziellen Unternehmungen, deren Kapitalwert oder Grundkapital sich auf mehr als einen bestimmten Mindestbetrag beläuft. Diese Beteiligung wäre nur gerecht, denn hier werden die größten Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit gemacht und doch nur zum Teil besteuert. Eine solche Beteiligung an den Sachwerten wäre volkswirtschaftlich auch ganz ungefährlich, da sie nur den wirklichen Reinertrag trifft. Bei 20 Proz. Anteil der Allgemeinheit an den Reinerträgen dieser Sachwerte würde eine Gesamteinnahme von 70 Milliarden erzielt werden.

Die Besteuerung der Sachwerte würde den Sturz des Markturzes bremsen.

Alle bisherigen Ausfallsmittel waren nur zeitweilig. So darf das nicht weitergehen. Unsere furchtbare Lage erfordert heroische Mittel. Die Erfassung der Sachwerte würde kein Allheilmittel auf dem Wege der Wirtschaftspolitik sein. Ein solches gibt es überhaupt nicht. Wenn man schon vor drei Jahren denen gefolgt wäre, die immer wieder die Notwendigkeit von Ausfallsmitteln betont haben, dann hätte man für Deutschland ganz gewaltige Vorteile erzielt. Man hätte den Ausverkauf und das Steigen der Preise verhindert. Aber auch den Reichsfinanzen wären erhebliche Mittel zugeflossen.

Wir haben eine Preissteigerung, die zum Himmel schreit und gerade die für die große Masse des Volkes notwendigen Lebensmittel trifft. Diese Preissteigerung tritt ein, nicht weil die Produktionskosten sich erheblich erhöht haben, sondern weil sie von den Produzenten zum großen Teil nach dem Stande der Valuta ins Wert gesetzt wird. Wir wenden uns mit aller Schärfe gegen den Gedanken, es könnte unter solchen Umständen die Zwangswirtschaft noch weiter abgebaut werden.

Wir stimmen denen zu, die beklagen, daß das, was mit der Ueberfremdung der deutschen Industrie verbunden ist, abzuwenden. Aber es ist doch ein Vorteil für unser kapitalarmes Land dabei, wenn eine größere Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Unternehmungen und in bestimmten Grenzen erfolgt. Es ist falsch, zu sagen, die neuen Steuern treffen den Beschäftigten nicht. Außerordentlich vorzisehaft aber ist, ob die Beschäftigten in Deutschland tatsächlich höher ist als in anderen Ländern. Es wird nicht zu bestreiten sein, daß die Besteuerungen von den Fabrikanten und Unternehmern einfach in die Preise einfließen werden. Aber man kann diese Dinge infolge der Struktur unserer heutigen Wirtschaft nicht im Handumdrehen ändern. Träfe aber die Behauptung zu, daß alle Steuern abgewälzt werden, dann wäre es allerdings für die Finanzverwaltung das bequemste, Steuern nur auf den Verbrauch und die Ueberschüsse des Bedarfs zu legen. Bei der Beurteilung des Verhältnisses der Besteuerung und der Verbrauchssteuern muß aber Rücksicht darauf genommen werden, daß es eine ganze Reihe von Kapitalisten gibt, die keine Möglichkeit haben, die Steuern einfach abzuwälzen. Wir können dem Reichsminister nicht zustimmen, wenn er sagt, daß bei den 14 Steuern, die gemacht werden sollen, die Beschäftigten und Verbrauchssteuern sich ausgleichen. Den errechneten Beträgen nach mag das stimmen, die Wirkung ist aber eine andere.

Das Schwergewicht der Steuern fällt auf den Verbrauch der Massen, und diese Lasten haben ein Sozialdemokraten die Zustimmung zum Kompromiß doppelt schwer gemacht. Unsere Nachbarn zur Linken sagen, wir hätten gegen das Kompromiß stimmen sollen. Wenn dadurch auch nur eine Kleinigkeit gebessert würde, dann hätten wir diesen Akt nicht nötig gehabt.

Links von uns kann man sich überhaupt nur in den Mantel der Jugend hüllen und kein Ja sagen, weil wir das Opfer auf uns nehmen, Ja zu sagen.

Die Politik des guten Willens, die das Kabinett Blich betreibt, hat uns schon einige Enttäuschungen gebracht. Aber immer noch liegt eine ungeheure Last auf unseren Schultern. Wir müssen alles tun, um das Wehrwesen, das man nach gegen uns hegt, zu befechtigen. Das kann nur geschehen, indem wir alles tun, um unsere Verpflichtungen gegenüber dem Ausland zu erfüllen. Wenn das Kompromiß nicht zustande käme, würde nicht nur der deutsche Arbeiter seinen Lohn sparen, unsere ganze innere und äußere Situation würde sich nur noch verschlimmern. Keine reine Währungsreform, dann bliebe noch die Auflösung des Reichstages. Das wäre aber

ein Katzenspiel a la Ludendorff

und ein Vorbruch Deutschlands gegenüber den Alliierten.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
8. Sinfonie-Konzert
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Genoveva
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.
7 Uhr z. l. Male:
Cyrano v. Bergerac
Sonabend 7 1/2 Uhr: Cyrano von Bergerac

Kammerspiele
8 Uhr: Der Vertrag von Nizza
Sonabend 8 Uhr: Der Vertrag von Nizza

Gr. Schauspielh.
(Kariätrale)
7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt
Sonabend 7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt

Königgrätz. Str.
Täglich 7.30 Uhr: Die wunderlichen Geschichten d. Kapellmeisters Kreisler

Komödienhaus
7.30 Uhr:
Karusell
mit
Maria Orska
Joh. Ricmann
Ralph Art. Roberts

Berliner Theat.
7.30 Uhr:
Einer von uns
Carl Clewing, Oscar Sabo, Leonh. Haskel, Melitta Kiefer

Residenz Theat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine Frau ohne Bedeutung
Triesch, Arnstadt, Bertens, Korff, Sandrock, Schindler

Trianon-Theat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Vulkan
Lustig, v. Ludw. Foida, Eugen Burg, Olga Limpburg, H. Junkermann, Schneider-Nissen, Tilly Thönnessen

Russ.-Deutsch. Theater
Der blaue Vogel
Goltzstraße 9
Nollendorf 1613
Anfang 8 1/2 Uhr
Vorstellung abendlich 1

Komische
7 1/2 Uhr Oper 7 1/2 Uhr
Dir. Jam. Klein
Letzter Monat
Die große Revue
Der Herr der Welt
Max Landi
Bruno Kasiner
Sascha Dura
Wihl. Hartstein
Franz Gross
Paul Westermayr
Lotte Werkmüller
Herta Richter
Erna Alberti

Theater d. Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 Uhr:
Für tot erklärt
Casino-Theater
Lothring. Str. 37 Tägl. 7 1/2 Uhr:
Die neue Berliner Posse
Familie Gänselein
Vorher: Lachende Liebe
Ges.-Posse m. d. neuest. Schläger, Hummeltr. 144
5 1/2 Uhr: Nachttelegramm

Metropol-Variété
Behrenstr. 34
7 1/2 Uhr:
Gastspiel
Arnold Kopff
Herbert Kiper,
Paul Lehkopf, Frieda Lehkopf in der Sensations-Groteske
Das Selbstmordhotel
Dazu: 9 Variété-Attraktionen

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr:
Futuristisch. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant im Gespensterschloß

CIRCUS BUSCH
Tägl. 7 1/2 Uhr. Sig auch 11 Uhr
Auf zum **Wemmenschanz**
Wunderschönste "Störche" der Seebühne.
Vorher: Illusionen
Circus-Sensationen

Scala
Variété
Sonnt. 3. u. halbr. Pr. d. voll. Progr.

Apollo
8 U. Theater 8 U.
Dir. Jam. Klein
Allabendlich
Naturalistisches Ballett
Der **Venusberg**
dargestellt von 30 Tänzern
und Tänzerinnen
sowie Gastspiel
Paul Beckers
sowie eine Anzahl Variété-Sensat. Vorverkauf ununterbrochen!

Einzelne Möbel
In Nußbaum u. Eiche sowie kompl. Schlaf- und Wohnzimmer, Sofas, Umbauten, Ruhebetten, weisse und farbige
Küchen
zu niedrigen Preisen und auf bequeme Teilzahlung
Grebler
Weinbergsweg 4, am Rosenhain Tor.
Gr. Ausw. l. Gardinen jeder Art, Tisch- und Diwanddecken, usw. überhaupt sämtl. Artikel angapoganzende

Gelegenheits-käufe
außergewöhnl. billig
Anzüge
für Herren und Durschen
auf Teilzahlung
Stolzmann
Helle-Alliance-Str. 100
Eing. am Möbelager

Hühneraugen
Kohlensäurevergiftung, all. eingewurzelte Leiden, entfernt mit absoluter Sicherheit. Bester, Grit 20 Jahren bewährt. 4.50, Otto-Reichel, Berlin 43, Ottenb. 4.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verbandsbüro Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Werkzeugsabrik
Alb. Sprung
Eisenberg, Eisen-Str. 78, am 4. u. 5. M. gefordert ist.
Die Einlieferung findet am Sonnabend, den 18. März, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Riefelhofstraße, statt.
Ferner ford. am 14. u. 15. März, unser Kollege, der Arbeiter **Otto Schulz**
O. 112, Scherzenerstraße 38.
Die Einlieferung findet am Sonntag, den 19. März, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Riefelhofstraße, statt.
Eure ihm Andenken! Seine Beteiligung erwartet 114. Die Ortsverwaltung

Gelegenheits-käufe
außergewöhnl. billig
Anzüge
für Herren und Durschen
auf Teilzahlung
Stolzmann
Helle-Alliance-Str. 100
Eing. am Möbelager

Suche
zur Selbstvermehrung
Gebelfeine
u. Edelmetalle
zu höchst. Preisen
J. Schliephacke
Juwelier
Friedrichstraße 210
Ed. Roßstraße

Ata
Henkel's Scheuerpulver
reinst
Alles

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Achtung, Brauleute!
Lassen Sie sich nicht irre führen durch sogenannte Spezialgeschäfte oder Hersteller, welche altes Gold usw. aufkaufen, Uhren und Goldwaren verkaufen, außerdem auch noch mit Trauringen handeln. Wir fabrizieren und liefern ausschließlich nur
Elegante fugenlos
Trauringe
Dukaten per Gramm
900 gest. schon für **175.00**
585 „ schon für **130.00**
333 „ schon für **85.00**
Preise einschließlich Luxussteuer
Außerdem ein- 45 M. aufw. bis zu den feinsten fache Ringe v. Ausührungen am Lager
Moderne Eheringe - Neuzeitliche Muster
Aperte Ziselierungen
Wir sind das einzige Spezialgeschäft Deutschlands
weiches mit direktem Verkauf an Private nur Trauringe führt
Ausführliche Preisliste gegen Rückporto! Versand nach auswärts gegen Vorzusendung des Betrages!
Trauringfabrik **G. Albert Thal** Seydelstr. 5 C 19 (Spittelmarkt)
Franzbranntwein 1/2 Literflasche M. 37.50
Kopp & Joseph
1/2 Literflasche M. 72.50
Berlin W. 50
Potsdamer Straße 122
vorzügliche Qualität

Jedes Wort 2.00 M. Das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 2.00 M., jedes weitere Wort 1.50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste bis 4 1/2 Uhr nachm. Nummer müssen des Vorwärts. Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe

Kaufgesuche
Kaufgesuche, sämtliche Kleider, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Kommoden. Pelzhaus, Rosenstraße, Lindenstr. 204, 62, Rosenhainstraße.

Unterricht
Kaufgesuche, sämtliche Kleider, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Kommoden. Pelzhaus, Rosenstraße, Lindenstr. 204, 62, Rosenhainstraße.

Verkäufe

Verkauf
Kaufgesuche, sämtliche Kleider, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Kommoden. Pelzhaus, Rosenstraße, Lindenstr. 204, 62, Rosenhainstraße.

Verkäufe

Verkauf
Kaufgesuche, sämtliche Kleider, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Kommoden. Pelzhaus, Rosenstraße, Lindenstr. 204, 62, Rosenhainstraße.

Verkäufe

Verkauf
Kaufgesuche, sämtliche Kleider, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Kommoden. Pelzhaus, Rosenstraße, Lindenstr. 204, 62, Rosenhainstraße.

Verkäufe

Verkauf
Kaufgesuche, sämtliche Kleider, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Kommoden. Pelzhaus, Rosenstraße, Lindenstr. 204, 62, Rosenhainstraße.

Verkäufe

Verkauf
Kaufgesuche, sämtliche Kleider, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Kommoden. Pelzhaus, Rosenstraße, Lindenstr. 204, 62, Rosenhainstraße.

Verkäufe

Verkauf
Kaufgesuche, sämtliche Kleider, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Kommoden. Pelzhaus, Rosenstraße, Lindenstr. 204, 62, Rosenhainstraße.

Verkäufe

Verkauf
Kaufgesuche, sämtliche Kleider, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Kommoden. Pelzhaus, Rosenstraße, Lindenstr. 204, 62, Rosenhainstraße.

Verkäufe

Verkauf
Kaufgesuche, sämtliche Kleider, über die Hälfte herabgesetzt. Keine Kommoden. Pelzhaus, Rosenstraße, Lindenstr. 204, 62, Rosenhainstraße.